

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Es beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3309.

Verantwortlich für die Redaktion: **A. Röske**, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: **P. Stubbe**, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 \mathcal{A} .
Bergungungs-Anzeigen 15 \mathcal{A} , Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 \mathcal{A} pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Zuzug ist streng fernzuhalten: Von Tischlern nach **Wismar, Frankenthal** (Wohnstätte von Bennighof), **Dresden** (Suentig & Sohn, photographische Apparate); von Möbelschreibern und Bildhauern nach **Frankfurt a. M.** (Hofmöbelfabrik von Schneider & Hanau); von Drechslern nach **Furtwangen** (Firma Glod & Co. und V. Furtwängler & Söhne); Uhrgehäusefabrik, **Stettin, Grabow, Fredow** und **Berlin**; von Bürstenmachern, **Woburn, Drehslern** und **Polkern** nach **Lodman i. Wiesenthal** (Fabrik Jaller).

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Ausperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Das Fazit der bisherigen Diskussion über die Erhöhung der Beiträge.

Wohl noch nie ist eine solch rege Diskussion in der „Holzarbeiter-Zeitung“ gepflogen worden als über die Frage der eventuellen Erhöhung der Beiträge. Abgesehen von einzelnen persönlichen Anrempelungen war die Diskussion bisher eine durchaus sachliche, was ganz wesentlich zur Klärung der Ansichten beigetragen haben dürfte.

Die Mehrheit Derer, die das Wort genommen, hat sich für eine Erhöhung des Beitrages erklärt, in der Erkenntnis, daß, wenn der Verband den allseitigen Anforderungen, die bezüglich der Unterstützung der Kämpfe zum Zwecke der Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen an ihn gestellt werden, genügen will, ihm auch Mittel zugeführt werden müssen.

Dies ist der Tenor der ganzen Diskussion.

Die günstige Geschäftskonjunktur ist's eben, die es den Kollegen in großen und kleinen Orten angethan hat, daß schon zum Theil in diesem Jahre erfolgreiche Versuche gemacht wurden, dem Unternehmertum einige Konzessionen abzurufen, und es im kommenden Jahre umsomehr sein wird, die Anlaß bietet, im Laufschrift vorzugehen, um die Arbeitszeit zu verkürzen und die Löhne zu erhöhen.

Das ist natürlich und mit Freuden zu begrüßen, denn es ist ein Zeichen, daß unsere Kollegen noch nicht gewillt sind, sich zu Kulis herabdrücken zu lassen, sondern eine höhere Lebenshaltung anstreben, an den Errungenschaften der Kultur und sonstigen Lebensgenüssen Antheil nehmen, kurz, ein Leben führen wollen, das werth ist, gelebt zu werden. Natürlich wird uns die erwünschte Annehmlichkeit des Lebens nicht auf dem Präsentirteller bargereicht werden, vielmehr werden wir hart um dieselbe kämpfen müssen; und dieser Kampf ist's eben, der die rege Diskussion über die Beschaffung der Mittel in Fluß gebracht hat.

Kein einziger der Kollegen und keine der Zahlstellen, die sich für eine Erhöhung der Beiträge ausgesprochen, haben sich von anderen Grundsätzen leiten lassen, als denen: Die Macht des Verbandes zu stärken, damit er Allen, die sich im Kampfe um eine bessere Existenz befinden, eine sichere Stütze biete. Darin liegt die Quintessenz, und aus ihr ergeben sich zwei Fragen: Entweder die Kollegen wollen den günstigen Geschäftsausschwung zu ihrem Vortheile ausnutzen und zahlen daher einen höheren Beitrag, oder sie wollen es nicht, dann genügt der bisher gezahlte.

So gewiß wir es für wünschenswerth halten, die große Mehrheit der indifferenten Kollegen vorerst für die Organisation zu gewinnen, für so nachtheilig halten wir es aber auch, wenn dieser Zeitpunkt abgewartet werden sollte; die günstige Konjunktur geht vorüber, und die mit vieler Mühe Gewonnenen fallen uns in

der Zeit der Krise wieder ab. Oder glauben die Kollegen, welche die niedrigen Beiträge verteidigen, daß die Gewinnung der Ubertausende uns im Sturm- lauf gelingen wird? Dann können wir noch warten! Täuschen wir uns darüber aber nicht; die ja. 15 000 Mitglieder, welche der Verband zugenommen hat, sind ihm auch nur in Rücksicht darauf beigetreten, daß ihre wirtschaftliche Lage verbessert werden könne, sie werden sich aber getäuscht sehen, wenn der Verband erklären muß, daß er infolge der niedrigen Beiträge außer Stande ist, den gehegten Erwartungen entsprechen zu können, und mit demselben Rechte könnte man dann, wie die Befürworter der niedrigen Beiträge, die Behauptung aufstellen, daß durch die Zurückdrängung etwaiger Lohnforderungen, als Folge der Verweigerung höherer Beiträge, ein Rückgang in der Organisation eintreten wird.

Soweit wir im Stande sind, die Verhältnisse zu überschauen, giebt's nur ein Entweder — Oder, jedes Deuteln und jede Wortklauberei ist überflüssig. Der finanzielle Stand des Verbandes ist eben halt kein rosig, er kann das Geld nicht aus dem Ärmel schütteln und Dukatenmännchen stehen ihm leider auch nicht zur Verfügung. Also, wer will, daß der Verband seinem wirklichen Zwecke als Kampforganisation diene, der darf ihm die Mittel nicht verweigern, die minzige Erhöhung des Beitrages nicht scheuen. Da sicher kein Mitglied will, daß der Verband eine negative Rolle spiele, Niemand wünscht, daß die günstige Geschäftsperiode nur von den Arbeitgeberern ausgeschlachtet, und die Kollegen, wie leider immer, auch diesmal leer ausgehen, so wird es, wie auch die Diskussion zeigt, rathsam sein, den goldenen Mittelweg einzuschlagen und einen Beitrag von 20 \mathcal{A} pro Mitglied und Woche zu erheben (für weibliche Mitglieder 10 \mathcal{A}). Diesem Vorschlage, der von vielen und namentlich kleinen Zahlstellen gemacht ist, dürfte sich kaum Jemand widersetzen und auch Niemand dieser geringen Erhöhung wegen fahnenflüchtig werden.

Der Vorschlag: Herabsetzung des prozentualen Antheils der Lokalkasse, ist nach unserem Dafürhalten nicht zu akzeptieren. Bekanntlich bestehen innerhalb des Verbandes 20 Agitationskommissionen, die, um ihren Zweck erfüllen zu können, Mittel gebrauchen müssen, und diese werden zum großen Theil aus dem 35 Prozentantheil gedeckt. In großen Zahlstellen, wie Berlin, Hamburg, Nürnberg u. c., erfordert die Einrichtung des Sektions- systems nicht unbedeutende Mittel und außerdem abfor- biren die Verbreitung des Verbandsorgans unter die Mitglieder, die Regelung des Arbeitsnachweises, Anschaffung und Verwaltung der Bibliotheken u. s. w. einen großen Theil dieser Einnahme. Wir wollen keineswegs sagen, daß nicht dennoch zu Gunsten der Verbandskasse der Prozentantheil ermäßigt werden könnte, aber herab bis auf 20 und gar 15 pZt., wie einzelne Vorschläge lauten, das ist unmöglich. Einzelne Kollegen haben den Vorschlag nur um deswillen gemacht, um eine Beitrags- erhöhung zu vermeiden; damit wäre aber garnichts ge- wonnen. Wenn wirklich der Prozentfuß auf 20 herab- gesetzt würde, hätte zwar die Hauptkasse eine etwas größere Einnahme; zur Unterstützung von Lohnkämpfen würde dieselbe aber so gut wie garnichts bedeuten, und wie stände es dann mit den Mitteln für Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern? Entweder müßten seitens der einzelnen Zahlstellen besondere Beiträge zu diesem Zweck erhoben werden, wie es ohnehin schon heute in einzelnen Agitationsbezirken geschieht, oder der Vorstand müßte aus den ihm soeben zugebilligten Lokalfonds- mitteln Zuschüsse zur Agitation hergeben; damit wäre beiden Theilen nicht geholfen, es stände eben alles auf dem alten Fleck; wozu also diese uferlosen Pläne,

diese nutzlosen Experimente, halten wir uns daher an der realen Wirklichkeit, daß die erforderlichen Mittel zur Führung der Lohnkämpfe und zur Gewinnung von Mitgliedern nicht durch eine Schiebung des gegenwärtigen Vertheilungsmodus, sondern nur durch neue Zufuhr beschafft werden können.

Nun noch kurz zu einem anderen von zwei Seiten gemachten Vorschlage: „Die Klassenweise Erhebung der Beiträge.“ So gut der Vorschlag gemeint sein mag, so schwer ist er aber durchführbar. Der Hinweis auf die Töpfer und Zimmerer trifft bei uns in keiner Weise zu. Die Töpfer haben einen von den Meistern anerkannten Affordtarif, der je nach den Verhältnissen in den einzelnen Städten und Provinzen Deutschlands vereinbart wurde. Darnach läßt sich annähernd fest- stellen, wie hoch der Arbeitsverdienst der Arbeiter dieses Berufes ist, und darnach auch die Beitragspflicht für den Verband. Daß der Verdienst dann auch immer noch von allerlei Zufälligkeiten, Talent, Geschick und körperlicher Konstitution des Einzelnen abhängt, braucht wohl kaum des Näheren ausgeführt zu werden. Bei den Zimmerern ist allgemein ein Normallohn ein- geführt; wie bei den Töpfern, so richtet er sich auch bei den Zimmerern in der Höhe gleichfalls nach örtlichen Verhältnissen; also auch bei ihnen läßt sich die ungefähre Höhe des Verdienstes und die Höhe des prozentualen Beitrages feststellen. Aber wo, fragen wir, wäre dies bei den Holzarbeitern möglich?

Beachten wir zunächst, daß im Holzarbeiterverband fünf Hauptberufe vertreten sind, von denen die Tischler jedenfalls die höchsten und die Korbmacher die niedrigsten Löhne erhalten; im Affordverhältnis wird es wohl dasselbe sein. Wenn nun der Arbeitsverdienst der Kollegen dieser Berufe überall gleichmäßig hoch wäre, ließe sich über eine festzusetzende Beitragshöhe reden; das ist nun aber nicht der Fall, man würde sich also schon mit den einzelnen Städten abfinden müssen. Aber wie grundverschieden liegen hier die Dinge. Greifen wir einmal Berlin heraus. Dort streikten die Tischler im verfloßenen Frühjahr für einen Minimallohn von M. 21; ziehen wir nun die hohen Miethspreise, Steuern, Lebensmittelpreise u. c. in Betracht, und es muß sich jedem vorurtheilslosen Kollegen die Frage aufdrängen, ob die Berliner Kollegen denn wirklich besser gestellt sind, als die in Kleinstädten, die einen Lohn von M. 15—18 verdienen. Selbstverständlich würden aber nach Annahme der Kollegen in Kleinstädten die in Berlin zu Denen gehören müssen, welche ihrem Arbeitsverdienste nach in die höchste Lohnklasse gehörten und 25 \mathcal{A} Wochenbeitrag bezahlen müßten. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß die Löhne bei Einzelnen in Berlin viel mehr als M. 21 und in kleinen Städten auch noch weniger als M. 15 betragen, und dies würde namentlich zutreffen, wenn man die Spezialisierung des einzelnen Berufes noch in Betracht ziehen wollte. So verdienen z. B. die Bautischler in Hamburg bei flotter Geschäftszeit in Afford bis M. 26, Einzelne auch mehr, die Möbeltischler M. 21, im Höchsthalle der Einzelne M. 24, Viele aber auch nur M. 18. Drechsler, Stellmacher und Bürstenmacher erreichen den Höchstlohn der Bautischler überhaupt nicht, und den Höchstlohn der Möbeltischler nur in wenigen Fällen — und nun gar die Korbmacher, welche über M. 15 in Hamburg überhaupt nicht verdienen. Wir sehen ab davon, alle die vielen Einzelfälle, z. B. die Löhne der Schiffs-, Modell- und Instrumententischler, Mechanikermacher, Stuhlmacher, Gummi- und Holz- drechsler, Verfertiger feiner und grober Bürsten- waaren u. s. w., die alle verschieden hoch sind, hier an- zuführen; je länger die Liste wird, desto größer das Wirrsal, in das man hineingeräth.

Die werthen Einsender machen sich die Regelung dieser Vorschläge sehr leicht, indem sie einfach sagen: „Das muß dem Vorstande überlassen bleiben, der kann die Feststellung aus der letzten Lohnstatistik machen.“

So gern der Vorstand gemäß allen Wünschen Rechnung tragen möchte,*) aber nach der angegebenen Richtung dürfte das geradezu unmöglich sein. Er würde nicht nur drei, sondern ein ganzes Duzend Beitragsklassen schaffen müssen, und was wäre die Folge? Unaufhörliche Pläneleien und der erste Schritt zur Dezentralisation.

Der richtigste Weg ist der, an einem einheitlichen System festzuhalten und wenn, wie jetzt, die Beitragserhöhung erforderlich ist, sie für Alle gleichmäßig festzusetzen und keine Mitglieder erster, zweiter, dritter und vierter Güte zu schaffen; das führt zu inneren Zwistigkeiten, Nörgeleien, fördert den Egoismus und bereitet den Verwaltungsbeamten nicht nur viel Arbeit, sondern auch sehr vielen Merger.

Was nun die Einberufung eines Verbandstages oder die Vornahme einer Urabstimmung anbetrifft, so entscheiden wir uns für den letzteren Weg, um deswillen, weil wir jedem Mitgliede Gelegenheit geben möchten, seine Stimme in die Waagschale zu werfen.

Zur Reform der Gewerbegerichte.

Fünf Jahre sind nunmehr seit dem Inkrafttreten des Gewerbegerichtsgesetzes verstrichen, ein genügender Zeitraum in unserer schnelllebigen Epoche, um über die bisherige Entwicklung der Gewerbegerichte und über die Erfahrungen mit ihrer gegenwärtigen Organisation ein Urtheil zu wagen.

Unterzucht man die Gründe dieser wenig befriedigenden Entwicklung, so ist dem fatalen Charakter der Gewerbegerichte die Hauptschuld beizumessen, da dieser der ganzen Einrichtung von vornherein eine schiefe Basis giebt.

*) Leider, Leider! haben wir uns im Vorstande getäuelt, wie die uns jedes zugewandte Bekannmachung des Vorstandes beweist. Er will den durchaus berechtigten Wünschen der Kollegen keine Rechnung tragen, er will weder eine Urabstimmung vornehmen lassen, noch sonst, wie es scheint, von einem höheren Beiträge etwas wissen.

eine Begünstigung sozialdemokratischer Forderungen zu erblicken und dieselben schroff abzuweisen, da die meisten Gewerbegerichte erst der sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Initiative ihre Existenz verdanken.

Zur rechten Zeit erschien eine Uebersicht über die z. Z. bestehenden Gewerbegerichte in Deutschland, die der Verband deutscher Gewerbegerichte in Nr. 4 (Oktober v. J.) der „Soz. Fragz.“ veröffentlicht hat.

Die allgemein übliche Behauptung, daß der Groß- und Mittelindustrie die Thätigkeit der Gewerbegerichte zumeist zu Gute komme, ist zwar keineswegs erwiesen und wird durch neueres statistisches Material bedenklich erschüttert.

Die Mängel der fakultativen Vorchrift zeigen sich aber nicht bloß in Bezug auf die Behinderung und Verschleppung dieser zeitgemäßen Institution, sondern auch in der Praxis der bestehenden Gewerbegerichte.

für rasch und sachverständig entscheidende Laiengerichte würden bald wachsen, wenn erfahrene Gewerbeichter unter Mitwirkung der gewerblichen Besitzer Recht sprechen würden.

Das hat auch die Vertreter der Arbeiter im Reichstage bewogen, durch einige Initiativanträge die Reform der Gewerbegerichte in ein höheres Stadium zu bringen.

Diese Anträge, die bislang noch nicht zur Berathung gelangt waren, werden zweifellos auch eine Menge Reformanträge bei den bürgerlichen Parteien mobilisieren, zu deren wichtigsten wir bei Gelegenheit Stellung nehmen werden.

Höhere Beiträge.

Wenn ich mir gestatte, einige Sätze zu dieser Polemik einzuschalten, so bewog mich hauptsächlich der sich durch sämtliche Aufsätze hindurchziehende Gedanke: „Wie kann unsere Organisation gehoben und gestärkt werden?“

Gehen wir alle bisher erschienenen Artikel der Kollegen durch, so werden wir in allen die Uebereinstimmung finden, daß der Verband gekräftigt und gestärkt werden muß, so er seiner Aufgabe gerecht und sein Ansehen befestigen will.

Deshalb rufe ich dem Kollegen Hartmann und Anhang zu: „Laßt Euch nicht verblenden, schlägt die Kollegen nicht selbst in die Flucht, spornet vielmehr dieselben an, in dem Kampfe auszuhalten, nicht die kleinen Opfer zu scheuen, denn zu erweichenden sind sie, wird doch oft unnütz Manches vergeudet, was, als Samenform verwendet, fruchtbringend hätte werden können.“

Auch könnte durch wöchentliche Einziehung der Beiträge — etwa durch Werkstattdelegirte — dem oft sich zu Summen sammelnden Beitragspensum, das dann freilich oft unerschwinglich und vielfach den Grund zur Fraßneugier bildet, gesteuert werden.

Nun noch zu dem Antrage des Kollegen Koch. Derselbe hat sich unstrittig das Verdienst erworben, die Lösung der schon so lange diskutirten Frage, „Höhere Beiträge“, bewerkstelligt zu haben.

Ueber die Undurchführbarkeit lohnt es sich nicht, Worte zu verlieren; es wäre denn, Kollege Koch verlangte eine Diskussion. Das werden dann andere Kollegen besser und kräftiger ausführen.

St e g n i g. Paul Heiber.

Wenn ich mich an der Diskussion über obige Frage beteilige, so geschieht es in der Erkenntnis, daß es nur nützlich sein kann, wenn sich viele Mitglieder über diese für den Verband so eminent wichtige Frage ausprechen.

Da die Debatte über die Frage der höheren Beiträge mit einer Betrachtung über die letzte Urabstimmung eingeleitet wurde, so möge auch mir vergönnt sein, einige Worte darüber zu verlieren.

Der Paragraph unseres Statuts, welcher von der Urabstimmung handelt, hat sich nach der letzten Abstimmung sehr reformbedürftig erwiesen. Kollege Hartmann führt die Behauptung Koske's von „der großen Majorität“ auf ihren richtigen Platz zurück. Es soll sich doch mindestens ein bestimmter Bruchteil der Mitglieder (etwa die Hälfte oder zwei Drittel) an der Abstimmung beteiligen müssen, wenn dieselbe verbindlich werden sollte für Alle. Dann ist aber auch von allen Zahlstellen insofern gesündigt worden, als die Abstimmung in Versammlungen vorgenommen wurden, wodurch die beabsichtigte Urabstimmung faktisch nur eine Abstimmung der in den betreffenden Versammlungen anwesenden Mitglieder wurde. Eine Urabstimmung kann nicht in einer Versammlung vorgenommen werden, sondern es muß den Mitgliedern Gelegenheit geboten werden, eine längere Zeit hindurch (etwa eine Woche) ihr Votum abzugeben.

Und nun zur Kernfrage!

Daß der Beitrag erhöht wird, ist nach der Stimmung, wie sie in den verschiedenen Aufsätzen zu Tage tritt, wohl sicher. Man kann auch tatsächlich einer längeren zeitweiligen Erhöhung der Beiträge nicht abgeneigt sein, weil sonst der Verband nicht handeln kann, wie er muß und will. Nur wünsche ich, daß bei Verwendung der Gelder zu Streikzwecken anders verfahren wird als bisher. Die Beilegung des Lauterberger Streiks hat es wiederum bewiesen, wie unbedingt notwendig es ist, daß neben Vorstand und Aufsicht eine Stelle besteht, welche autoritär ist für alle Streitangelegenheiten. Ich verweise ganz besonders auf die Bemerkungen des Kollegen A. Köste, welche derselbe unter den Versammlungsberichten der Zahlstelle Halberstadt gelehrt hat. Ganz besonders der letzte Satz ist sehr merkwürdig: „Die Versicherung gebe ich den Kollegen Halberstadts, daß die Aufhebung des Streiks sicher viel früher aus anderen Gründen erfolgt wäre, wenn (man höre) diese Gründe dem Vorstand bekannt gewesen wären.“

Da liegt der Hase im Pfeffer! Wir haben M. 85 000 ausgegeben und für was? Was ist das Fazit? Daß der Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt werde“, und die Arbeiter schließlich erklären mußten, dem Verbandsrat nicht anzugehören.

Darum sage ich, die Streikgehalte müssen von dazu beauftragten Kollegen genau untersucht und geprüft werden und besonders mit den örtlichen Verhältnissen verglichen werden, ehe man dieselben bewilligt. Angesehene Streiks müssen genau kontrolliert werden, besonders wenn sich die Arbeitsverhältnisse in die Länge zieht, sodaß der Vorstand stets Klarheit über die ganze Angelegenheit besitzt und Sachen, wie in Lauterberg, in Zukunft unmöglich sind. Den jetzigen Modus, die Zahlstellen zu betragen, halte ich für unzureichend, denn die Zahlstellen sind in den seltensten Fällen in der Lage, korrekt für oder gegen zu entscheiden.

R a n n h e i m. Von den Verg.

Als der Artikel des Kollegen Koske erschien, da glaubte ich, daß es noch etwas verfrüht war, zur dauernden Beitragserhöhung Stellung zu nehmen; der darauffolgende Artikel des Kollegen Hartmann belehrte mich jedoch eines Anderen. Wenn ein Kollege aus einer Zahlstelle wie Bremen noch eine so rückständige Anschauung mit so viel Eifer verfechten konnte, dann ist eine vorhergehende, sachliche Auseinandersetzung wohl am Platze. Ich glaube, daß ein großer Teil der Kollegen von der falschen Ansicht ausgeht, daß man auf den zurückgebliebensten Teil der Arbeiterchaft, der bereits so weit der Beihargie anheimgefallen ist, daß er sich nicht mehr emporraffen kann, Rücksicht nehmen müsse. Die Frage kann doch nur die sein, ob eine Beitragserhöhung von dem allergrößten Teil der in Betracht kommenden Arbeiter der verschiedenen Verufe gegahit werden kann, und die ist meiner Ansicht nach zu bejahen. Die Annahme, daß sich eine so große Zahl von Mitgliedern freizehen lassen, daß dadurch die Erhöhung des wahren Beitrages nicht auch eine Erhöhung des Verbandseinkommens bedeutet, und dieses soll doch der Zweck sein, steht denn doch auf sehr schwachen Füßen. Daß verschiedene Mitglieder austreten werden, wird Niemand bestritten, aber sie werden zweifellos durch die fortschreitende Entwicklung der Kapitalkonzentration früher oder später wieder dem Verbandsrat zugeführt werden, da der Druck der Kapitalisten ihnen das Exekutiv ihres Handelns sehr bald fühlbar machen wird.

So lange wir im Zeichen der wirtschaftlichen Depression landen und wir uns nur darauf beschränken konnten, das bisher Erreichte zu verteidigen, zu verhindern, daß unsere Lebenshaltung noch tiefer herabgedrückt würde, da genügt wohl noch mit knapper Noth die bisherigen Beiträge; aber als sich in diesem Frühjahr ein besserer Geschäftsgang bemerkbar machte und sich die Kollegen allerorts rüsteten, die augenblickliche Prosperität auszunutzen, um auch ein klein Wenig davon zu profitieren, da zeigte es sich sofort, daß die bisher aufgebrachten Gelder nicht im Entferntesten den gestellten Ansprüchen genügten. Die freiwilligen Beiträge hatten ja noch nie für ihre Bestimmung zureichtend und stellen dieselben ja eigentlich eine der ungerechtesten Steuern dar, die es geben kann. Bin ich ausgetürr und als Soldat für die Organisation thätig, so zahle ich nach Kräften, damit meine im Kampfe stehenden Kollegen unterstützt werden, damit sie nicht gezwungen sind, bedingungslos nach der Pfeife des Arbeitgebers tanzen zu müssen. Beschränke ich mich aber darauf, nur dem Verbandsrat anzugehören und kümmerge ich mich sonst den Teufel darum, was um mich vorgeht, so begnüge ich mich, meine Beiträge zu bezahlen und damit basta! Daß diese letztere Kategorie noch außerordentlich zahlreich ist, wird Niemand bestreiten können; daß daher die Ersteren das Bestreben haben, durch Erhöhung der Beiträge die Kasse etwas gleichmäßiger zu vertheilen, ist doch nicht mehr als billig.

Gerade wie in der Natur die Tiere zum Winter einen wärmeren Pelz erhalten, um der Kälte besser widerstehen zu können, so auch im wirtschaftlichen Leben der Verband wachst. Die Kapitalkonzentration schreitet vorwärts; immer neue Maschinen werden erfunden und dadurch dem kollektiven Unternehmertum selbst in Zeiten guten Geschäftsganges die Reserverarmee erhalten, die immer noch Elemente genug enthält, bereit, ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen. Und da sollten wir uns zurückschrecken lassen? Statt durch eine geringe Beitragserhöhung den Verband kampffähig zu erhalten, mit den An-

forderungen der Zeit vorwärts zu schreiten, ihn verlassen wollen? Nein! das wird, das kann Niemandes Wille sein, zeigen wir nicht der Welt das beschämende Schauspiel, daß der Holzarbeiter-Verband in der Stunde der Gefahr ohne Munition, mit geleertem Kasse dasteht, und das Alles wegen eines eventuellen Mehrbeitrages von 5 A. Dann lieber die Verbandskasse zugemacht, dann wissen wir, daß wir dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade überliefert sind. Aber das werden die Kollegen nicht wollen; sie werden sich noch bei Zeiten besinnen und lieber 20 A die Woche bezahlen, als daß sie sich ihr altbewährtes Kampfmittel aus der Hand werden lassen. Gegen Kollegen Hartmann polemisiere ich nicht; wer von sich eine so hohe Meinung hat und so erregt wird, wenn er Widerspruch begegnet, der scheidet für mich aus der Reihe derjenigen, mit denen man diskutieren kann, aus. Ich hoffe, daß die Kollegen durch Übernahme eines Antrages auf Beitragserhöhung dem Kollegen Hartmann die richtige Antwort zu Theil werden lassen. Hoch der Verband! Hoch die Solidarität!

D o r t m u n d. Lorenz Klauenberg.

Die Offenherzigkeit unseres Redakteurs in seiner Entgegnung in Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“ an die Adresse der Schmäherartikelschreiber entrollt uns ein Bild, welches darauf schließen läßt, daß in Bezug auf unsere Klassenverhältnisse Manches faul ist (aus welchem übrigens unsere Gegner leider manche Lehre ziehen können), was uns aber gleichzeitig die Nothwendigkeit einer Beitragserhöhung erkennen läßt. Ich meine, es dürfte wohl kein Mitglied vorhanden sein, welches dieses Behauptungs noch nicht anerkannt hätte und darum bin ich mit Kollegen Schönsfeld (Chemnitz) der gleichen Meinung, daß eine Diskussion wegen lumpiger 5 A Beitragserhöhung (denn um den Mittelweg zwischen 15 und 25 A wird es sich bei der Abstimmung nur handeln können) überflüssig wäre. Bis jetzt ist als einziges Argument für die Beibehaltung der 15 A in's Feld geführt worden, daß wegen des geringen Verdienstes die Mehrausgabe nicht geleistet werden kann, insofern ein großer Theil der Mitglieder dem Verband den Rücken lehnen wird.

Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich behaupte, daß dieses Argumentiren zum größten Theil auf Einbildung und Egoismus beruht. Wollte man sich die Groschen zusammenrechnen, welche für gänzlich überflüssige Zwecke verwendet werden! Für Klimtblöser, Ringlampen-Vorstellungen, oder bei dem sogenannten Nutzen oder Bummeln (und Hohlstochchen. D. Red.), eine Stütze, welche in jeder Werkstätte bekannt ist, ist immer noch mancher Groschen übrig, und wenn man bedenkt, daß ein Familienvater M. 3 bis 4 durchschnittlich die Woche dem Staate an indirekten Steuern aufzubringen hat, um die Staatsmachinerie in Funktion zu halten, — dann sollte man einer Organisation, welche sich zur Aufgabe macht, ihren Mitgliedern bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, 5 A verweigern? Nein, wahrlich, der Lage nicht, daß er je ein Interesse am Verband, sowie Solidaritätsgefühl befehlen hat. Ich sage, daß derjenige noch keine günstigere Gelegenheit finden konnte, seine Absicht, „a u s z u t r e t e n“, zu begründen. Darin werden auch solche Mitglieder, welche bisher noch nicht die Absicht hatten, auszutreten, von den Artikelschreibern, welche gegen die Erhöhung sind, noch angepöckelt, um gemeinsam das Halsenpanier zu ergreifen.

So mancher Kollege hat durch unfreiwillige Ueberstunden eine Extraentlohnung, welche vorher nicht für das Familienbudget berechnet war; sollte er sich nicht die Mehrausgabe von 5 A davon leisten können? Ja, das kann auch der schlechtest bezahlte Arbeiter, wenn nur der gute Wille da ist. Jeder agitatorisch thätige Kollege muß sich nur zur Pflicht machen, jedem Jaghaften die Nothwendigkeit klarzumachen. Und nicht dieses großartige Vamento gegen die Erhöhung, welches aber nur darauf berechnet ist, die Jaghaften in den Strom der Opponenten hineinzuziehen. „Vorwärts!“ heißt unsere Losung; wollen wir eine Kampfgeneration, dann müssen wir uns auch verpflichtet fühlen, die Mittel herbeizuschaffen, oder es giebt eine solche nicht mehr und wir sind wieder jeder Unternehmerrückwärts preisgegeben.

Aber angenommen, wir behalten die 15 A bei, die Kasse wird in demselben geringen Maße gefüllt wie bisher. Das nächste Jahr bringt uns voraussichtlich noch größere Lohnlämpfe, die Streikenden können aber nicht genügend unterstützt werden, der Streik geht verloren und die Folge ist: die Indifferenten treten wieder zurück, weil ihnen nach ihrer Meinung der Verband nicht die Garantie für Verbesserung ihrer Verhältnisse bietet. Ich meine, daß gerade dadurch der Verband an Mitgliedern einbüßen würde.

Die Organisation wird aber bei Fällung des Kampffonds in den Augen der Gegner an Vieles gewinnen. Man wird dadurch weniger Abwehrkräfte auszusuchen brauchen als bisher, dagegen werden allerdings sich die Angriffskräfte mehren, aber ein siegreich durchgeführter Angriffskampf bedeutet einen größeren Fortschritt als fünf gewonnene Abwehrkräfte gleicher Größe. Bei einer niedrigen Beitragserhöhung wird das Verhältnis umgekehrt sein, denn das Unternehmertum, welches in jüngster Zeit genug Gelegenheit gehabt hat, den Verband von dieser Seite aus zu studiren, wird dann schon mit Maßregelungen und allerlei harten Strafen in Fabrikanordnungen, Lohnkürzungen usw. auf dem Posten sein.

Und wäre denn für die neu zu gewinnenden Kollegen der Boden zur Agitation verloren? Nein, je mehr der Beitrag erhöht

*) Leider gelang es uns bisher nicht, die Mitglieder von dem Stande der Streitkasse zu überzeugen, und auch dem Vorstande ist dies bis heute nicht gelungen, trotz der vielen Aufklärungen an die Verwaltungsbeamten, nun endlich, nachdem wir in Nr. 44 die Kollegen mit der Nase darauf gestoßen, scheint's einem Theile doch aufzudämmern, daß Manches faul ist in den Klassenverhältnissen, aber — die Gegner werden daraus leider eine Lehre ziehen. Diese wissen und mühten schon länger, leider besser als unsere Kollegen, wie der Hase läuft; oder glaubt man, daß unsere Gegner den wiederholten Appell an die Solidarität unserer Kollegen, die Begründung der Erhebung der Extrabeiträge im vierten Quartal dieses Jahres nicht gelesen und darnach ihre Entschlüsse getroffen haben? Der Vorstand in Lauterberg ist zu Ende; die „Offenherzigkeit“ schadet dem Verbandsrat nicht, im Gegentheil, sie kann ihm jetzt nur nützen, wenn auch die Kollegen nun endlich eine Lehre daraus ziehen und Mann für Mann bereit sind, ihre Zustimmung zur Erhöhung der Beiträge zu geben, damit die Kasse wieder gefüllt wird und wir neuen, notwendigen Kämpfen mit mehr Siegeszuversicht entgegenzutreten können. Die Redaktion.

wird, gewinnt der Verband auch hierin an Werth. Er trennt sich dadurch mehr und mehr von den übrigen Vereinen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der organisierten Arbeiter unterscheiden sich im Durchschnitt ganz wesentlich von den unorganisierten zu Gunsten der Ersteren. Dieser Kontrast wird aber durch die größere Leistungsfähigkeit des Verbandes größer, so daß auch das Agitationsmaterial ein schlagendes ist, und die Indifferenten leichter zur Erkenntnis gebracht werden, daß es nur durch das eine Mittel (sich zu organisiren) möglich ist, ihre Lebenshaltung den organisierten Kollegen anzupassen. Und auf diese Weise wird die ganze Bewegung eine lebendigere, gewinnt an Muth und Lebenskraft; kurz, der Deutsche Holzarbeiterverband soll uns zum Schutze, den Gegnern zum Truze stark werden. Daher ist kein Opfer groß genug, das ihm gebracht werden kann. „Vorwärts, durch Kampf zum Sieg!“ S c h n e b e l a. E. R. Joachim.

Wenn man die Ausführungen der Bestreuer der Beitragserhöhung liest, so könnte man annehmen, daß, wenn der Beitrag von 15 auf 25 A dauernd festgelegt sei, dann der Holzarbeiterverband getretet wäre; denn fast sämtliche zu Gunsten der Erhöhung geschriebene Artikel sind derart mit Zahlen ausgestattet, daß mancher Kollege dadurch irre geführt wird und sehr Vieles von den Hunderttausenden (die hier herangezogen wurden) erhofft, was sie ihm niemals bringen werden. Und doch mögen diese Kollegen, Koske und andere Redaktionsmitglieder, Freudenthränen geweint haben, als das Exemplar fertig war und so gut ausfiel. Der höhere Beitrag soll, wie schon genugsam angeführt wurde, den Zweck haben, unsere Streiks besser durchzuführen zu können. Wir brauchen jedoch nur auf den Lauterberger Streik zurückzublicken, wo ein Jeder zugeben muß, daß, wenn hier noch so viel Geld vorhanden gewesen wäre, der Streik doch nicht mit Erfolg hätte durchgeführt werden können, es hat da ebenfallS an dem Klassenbewußtsein und Solidaritätsgefühl vieler Kollegen gefehlt, was aber bei einem Streik die Hauptbedingung ist.

Es ist doch in einem Lohnkampf viel mehr werth, wenn der Arbeiter sich nicht bloß auf die Unterstützung verläßt, sondern sich aus reiner Ueberzeugung solidarisch erklart. Auch glaube ich, daß sich die Redaktion im Irrthum befindet, wenn sie meint, daß eine größere Anzahl organisirter Arbeiter dem Unternehmertum nicht mehr Respekt einflöße als eine kleinere Zahl. Wir hören doch das Gegentheil täglich in Gewerkschafts- und Parteipublikationen und von Referenten predigen.

Es wird fast in sämtlichen Artikeln angeführt, daß mit dem kommenden Jahre die Streiks bedeutend zunehmen werden. Das gebe ich zu, habe aber auch die Ueberzeugung, daß mit der Erhöhung der Beiträge die Streiks sich dermaßen vermehren, daß wir sofort wieder auf dem alten Standpunkt angelangt sind und unsere Beiträge zur Unterstützung nicht mehr ausreichen. Wenn dann wieder Vorschläge zur Erhöhung der Beiträge gemacht werden und es erscheinen Gegner auf der Höhefläche, dann wird der Kollege Leipzig wieder sagen wie in Nr. 41: „Und beim Himmel, der Arbeiter sollte nicht noch das kleine Opfer auf sich nehmen um.“

Wir, und gewiß noch einer großen Anzahl von Kollegen, kommt das Opfer nicht so lächerlich klein vor, denn man hat noch anders Opfer zu bringen, und zudem ist es ein gutes Recht der Kollegen, wenn sie sich gegen die Erhöhung der Beiträge stemmen, so lange sie nicht einsehen, daß eine Verbesserung ihrer Lage dadurch geschaffen werden kann. Auch dürfte es sich für die Redaktion empfehlen, wenn sie mit Bemerkungen, als wie: „Wer zurückbleibt, ist ein Feigling“, etwas vorsichtiger wäre, denn es giebt gewiß in vielen Zahlstellen einzelne Kollegen, denen es schon schwer fällt, 15 A zu bezahlen; ob sie 25 A bezahlen können, ist eine Frage. Zum Schluß hätte ich den Wunsch, daß wir bei unserem bisher gezahlten Beitrag bleiben und betreiben um so energischer die Agitation unter den Indifferenten, denn unsere Mitgliederzahl hat seit dem geschäftlichen Aufschwung um 15 000 Mitglieder zugenommen und wenn an dem ferneren Wachsthum unserer Organisation liegt, der muß gegen die Erhöhung der Beiträge stimmen. Ludwigshafen a. Rh. Jul. Schultze.

Da gegenwärtig das Thema „Höhere Beiträge“ vielfach erörtert wird, möchte ich auch meine Meinung darüber äußern. Daß der Verband, um seine Aufgabe zu erfüllen, kapitalkräftig sein muß, ist selbstverständlich; denn es geht beim wirtschaftlichen Kampf gerade wie im Kriege und hierzu bedarf

*) Das steht aber garnicht in dem Artikel, lieber Freund, sondern genau das Gegentheil; ausdrücklich heißt es: Würde von den 350 000 Holzarbeitern wenigstens die Hälfte organisiert sein, dann könne man der Annahme: „das Unternehmertum habe Respekt vor unserer Organisation, schon einigen Werth bemessen“ usw. Das ist doch wohl deutlich genug gesagt, daß, je größer die Zahl der Organisierten, umso mehr Respekt wir dem Unternehmertum einflößen, aber nicht nur die große Zahl von Mitgliedern genügt, sondern auch ein Kampfionds ist nöthig, sagten wir und, um diese Thatsache zu bekräftigen, wiesen wir hin auf den Futmacheraufstand in Berlin, und zögten, daß, trotzdem im Futmacherverbande 75 Pst. aller Veruskollegen organisiert sind, die Unternehmung dennoch mit dem Auslande fertig geworden sind, und warum? Weil kein ausreichender Kampffonds vorhanden war. Man sollte so nach und nach sich doch mit der Thatsache vertraut machen, daß, je mehr die Macht des Unternehmertums durch Vereinigung in allen möglichen Verbänden wächst, auch die Arbeiter nicht nur an ihre immer größere Ausbreitung ihrer Organisation, sondern auch an gute Fundirung derselben denken sollten.

*) Der Ausdruck bezog sich zunächst auf alle Die, welche zum Rückmarich blauen, d. h. es für gerechtfertigt halten, daß die Mitglieder, tro p b e m durch U r a b s t i m m u n g 25 A sich lösen war, den Beitrag in diese m Quartal auf 25 A zu erhöhen, ihn nicht bezahlen und sahnensüchtig werden, und in zweiter Linie gegen die zahlenkräftigen selbst. Auf diese Kollegen bezogen, ist der Ausdruck durchaus am Platze. Es kann garnicht scharf genug verurtheilt werden, wenn die Klasse der Mitglieder einfach mit dem Austritt aus der Organisation beantwortet werden. Darin muß und jeder Kollege, der es aufrichtig mit der Organisation meint, zustimmen und darf es uns auch nicht verhehlen, wenn wir, gleichfalls in Wahrnehmung berechtigter Interessen des Verbandes, mal ein hartes Wort aussprechen. Die Redaktion.

es nach dem Aussprache eines geschichtsbekanntes Mannes dreierlei: Erstens Geld, zweitens wieder Geld und drittens nochmals Geld. Dafür sind aber auch die Vorteile leichter zu erlangen, je besser man mit Kampfmitteln versehen ist. Diese Kampfmittel herbeizuschaffen, ginge aber nach meiner Meinung gerechter und dadurch leichter, wenn man die Beiträge im Prozentfuß (z. B. 1 1/2 pSt) vom wöchentlichen Lohn annimmt. (Die Sache wird immer bunter. D. Red.) Der Vorteil wäre dann: Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist ausgeglichen und man bekäme bei einer Lohnstatistik genauere Angaben, was nicht zu unterschätzen ist; denn es werden noch vielfach Kollegen durch falsche Scham abgehalten, die Wahrheit von ihrem Berufe mitzuteilen. Durch diese Art, die Beiträge zu erlangen, würde der Mitgliederzahl kein Abbruch gethan; denn auf diese kommt es doch in erster Linie an, je größer die Zahl der Organisirten, um so größer auch die Verbreitung unserer Ideen.

R. A. R. n. b. e. r. g.

Ernst Arnold.

Daß die Bezahlung von höheren Beiträgen kein Schaden für den Verband, respektive für das einzelne Mitglied selbst ist, wird wohl der Beschränkteste zugeben müssen, denn je mehr der Einzelne leistet, desto mehr wird er von den anderen Mitgliedern zu schätzen sein, desto mehr wird er von den anderen Mitgliedern zu schätzen sein, desto mehr wird er von den anderen Mitgliedern zu schätzen sein. Es ist dies aber nicht allein bei den Korbmachern, von denen der Artikel hauptsächlich handelt, allein der Fall, auch in den übrigen Verufen sieht es nicht viel besser aus. Es ist daher ein eigenartiges Gefühl das einen beschleicht, wenn man auf einer Seite einen solchen Artikel liest, in dem Zahlen in Lohnverhältnissen angegeben werden, die aller Menschlichkeit Lohn sprechen, und auf der anderen Seite Propaganda für eine einseitige Erhöhung der Beiträge gemacht wird. Die Redaktion scheint sich etwas vorbeizulaufen, wenn sie in dem Artikel der Nummer 41 schreibt, daß das Hauptgewicht darauf zu legen ist, bessere Arbeitsbedingungen ohne Streiks zu erzielen, zugleich aber auch für Erhöhung der Beiträge einzutreten. Ja wenn das so leicht wäre, dann bräuchten wir keine Erhöhung der Beiträge, denn es ist doch eine Thatsache, daß für die Streiks das meiste Geld verausgabt wird.

Um nun aber allen Kollegen und den verschiedenen Lohnverhältnissen gerecht zu werden, wäre wohl die Einführung von Klassenbeiträgen, wie sie schon bei anderen Gewerkschaften, so z. B. bei den Zimmerern und dem allgemeinen Verein der Tischler und Berufsgenossen Deutschlands vorhanden sind, das Richtige. Bei letzteren hauptsächlich bestehen jetzt Beitragsklassen zu 15, 20, 25 und 30 \mathcal{A} , welche Beiträge je nach der Lohnhöhe zu zahlen sind. In hin nun der Ansicht, ist es bei denen möglich, was es auch bei uns der Fall sein; ich glaube kaum, daß der Verband schlecht damit fahren würde, wenn wenigstens das Dreiklassenystem von 15, 20 und 25 \mathcal{A} eingeführt würde. Es mag vielleicht für den Vorstand etwas mehr Arbeit verursachen, glaube aber, daß sich das mit dem Resultat, welches wir damit erzielen werden, vollaus belohnt wird. Auch bei Streikfällen könnte die Unterstützung nach der Beitragssklasse geregelt werden, in der die betreffende Zahlstelle steht.

Mit dieser Einrichtung wäre somit eines jeden Kollegen Wunsch erfüllt. Denjenigen, die bisher eingetretet sind für die Erhöhung, sowie Denjenigen, die nicht im Stande sind, der höchsten Beitragssklasse gerecht zu werden, und auch dem sogenannten Mittelstande wäre mit der zweiten Beitragssklasse entgegen gekommen. Es handelte sich hier höchstens noch um die nähere Einteilung und Regelung dieses Systems, ich glaube aber, daß dies ruhig dem Vorstande oder dem nächsten Verbandstage überlassen bleiben kann, wenn dieselben gemißt sind, sich mit dem hier Angeführten etwas näher zu beschäftigen.

Hamburg.

Stephan Sturm.

Von allen Zahlstellen unseres Verbandes, die an der Diskussion über die erhöhten Beiträge in unserer Verbandspresse theilgenommen haben, wäre die Zahlstelle Fürth die einzige, die ein Recht hätte, in dieser Sache ein wichtiges Wort mitzusprechen. Wir haben mit aller Seelenruhe die Polemik in dieser Zeitung mit angesehen, ohne die Feder anzurühren, aber jetzt glauben wir, daß es an der Zeit ist, noch kurz vor Abschluß unsere Meinung in die Tageswaale zu werfen. Vor allen Dingen müssen wir scharf kritisieren, daß die Polemik in mancher Beziehung das Persönliche vom Sachlichen nicht scharf trennt, was wir in dieser Angelegenheit für einen sehr großen Fehler halten.

Der Kollege Hartmann aus Bremen hätte unserer Meinung nach Recht gehabt, wenn er sich gegen die dreifache Erhöhung der weiblichen Beiträge ausgesprochen hätte. Wir sind nämlich der Ansicht, daß für eine Arbeiterin, die einen Wochenverdienst von 6 bis 7 \mathcal{A} hat, der Beitrag von 15 \mathcal{A} doch zu hoch gegriffen ist. In unserer Zahlstelle hatten wir 28 weibliche Mitglieder zu verzeichnen, nachdem aber der 15 \mathcal{A} - Beitrag erhoben wurde, sind sie uns alle verloren gegangen. Aber gegen die Beibehaltung des 25 \mathcal{A} - Beitrages für männliche Mitglieder hätte Kollege Hartmann seine Opposition besser unterlassen, denn seine Gründe gegen die erhöhten Beiträge treffen unserer Erfahrung nach nicht im Geringsten zu. Seit Ende unserer Frühjahrsbewegung haben wir doch den 25 \mathcal{A} - Beitrag eingehalten, aber das hat uns keine Verluste gebracht, im Gegenteil! Die Zahl der Mitglieder ist noch größer als vor Beginn des Aufstandes zu uns gelangten, was man nach Betrachtung derselben so schnell nur möglich wieder zu veranschaulichen, auch wenn der Beitrag nur 5 \mathcal{A} wöchentlich betragen würde. Und solchen Elementen eine Abnahme zuzuschreiben, ist uns natürlich nicht eingefallen. Am Samstag haben wir eine Mitgliederversammlung ab, welche sich auch nur bei erhöhten Beiträgen befaßte. Alle bis auf einen Redner bezogen sich für die Beibehaltung der jetzigen Beitragshöhe an.

Es gelangte auch folgender Antrag zur einstimmigen Annahme: Die Zahlstelle Fürth stellt den Antrag, den Beitrag von 25 \mathcal{A} für männliche und 10 \mathcal{A} für weibliche Mitglieder bis zum nächsten Verbandstage zu erheben. Diesen Antrag soll der Vorstand, wenn eine Urabstimmung stattfindet, als Unterantrag auf das Abstimmungszirkular setzen.

Unsere Abrechnung des dritten Quartals 1896 hat ergeben, daß zu Ende des Quartals mehr Wochenbeiträge verrechnet wurden, als am Anfang desselben. Während wir am Anfang des Quartals wöchentlich 765 Beiträge verrechneten, konnten wir es in der letzten Woche des Quartals mit 806 Beiträgen thun. Das ist gewiß der sachlichste und beste Beweis, der für die erhöhten Beiträge sprechen kann, besser als alle Redewendungen des Kollegen Hartmann, womit derselbe doch immer recht interessant der Öffentlichkeit gegenüber erscheinen will. Diese Behauptungen, welche wir mit Belegen beweisen können, sollten alle Zahlstellen veranlassen, für die Beibehaltung des 25 \mathcal{A} - Beitrages zu stimmen. Alle Schlagwörter und Phrasendrescherei lassen wir hiermit bei Seite.

Fürth.

J. A.: Otto Lochmann.

Die Zahlstelle Düsseldorf ist gegen Erhöhung des Beitrages, will also die 15 \mathcal{A} Beitrag beibehalten, damit die Zahlung keinem zur Last werde, umiomehr, als die Kollegen in den großen Städten andere Ausgaben für Partei und Zeitungen, Krankengeld und Invalidenbeiträge, auf örtliche Sammelstellen und dergl. mehr zu zahlen haben. Dagegen soll den freiwilligen Beiträgen (Vertrieb der Streikmarken) nach wie vor entsprochen werden.

Die Zahlstelle Langenscheidt beschloß in der Mitgliederversammlung am 2. November: Die wöchentlichen Beiträge sind von 15 auf 20 \mathcal{A} zu erhöhen. Die Prozente sind nur, wie bisher, von den 15 \mathcal{A} zu berechnen, damit die Mehreinnahme voll und ganz der Verbandskasse zu Gute kommt, um eine geregelte Einnahme für den Streikfonds zu schaffen. Die Erhöhung auf 25 \mathcal{A} wurde abgelehnt, weil befürchtet wurde, daß dann der Verband eine Einbuße an Mitgliedern habe und der Vortheil auch nicht größer sei, als bei Zahlung eines Beitrages von 20 \mathcal{A} . Die Streikmarken sollen wegfallen.

Die Zahlstelle Göttingen ist entschieden gegen eine Erhöhung und wünscht, damit die Polemik in der „Holzarbeiter-Zeitung“ ein Ende hat, daß der Vorstand recht bald eine Urabstimmung vornimmt. Gegen Erhöhung ist auch Magdeburg-Neustadt.

Erlangen ist bedingungsweise gegen eine Erhöhung, wenn es jedoch sein muß, der Verbandskasse Mittel zuzuführen, sollen die 35 pSt für die Solalkassen auf 25 resp. 20 pSt herabgesetzt werden. Außerdem, um den freiwilligen Beitrag zum Streikfonds gleichmäÙiger auf die Kollegen zu vertheilen, den Beitrag auf 20 \mathcal{A} zu erhöhen, mit dem Bemerkten, daß diese 5 \mathcal{A} bloß der Streikkasse zuzuführen seien. Der Sprung von 15 auf 25 \mathcal{A} sei momentan zu hoch.

Magdeburg-Wilhelmstadt erklärt sich mit einer kleinen Erhöhung für dauernd einverstanden, jedoch mit der Bedingung, daß bald auf einem außerordentlichen Verbandstage Remedur geschaffen und dem Vorhande eventuell Verhaltensregeln gegeben werden, wie er sich bei Streiks zu verhalten habe. Die Mitglieder haben keine Lust zuzugeben, wie die Vorgänge in Lauterberg gezeigt hätten, daß die Gelder auf diese Art und Weise weggenommen werden. Sie ersuchen alle Zahlstellen, hierzu Stellung zu nehmen.

Quakenbrück beschloß, einen Beitrag von 20 \mathcal{A} zu erheben, jedoch soll der Hauptvorstand ersucht werden, größeren Streiks mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit solche Sachen, wie in Lauterberg, nicht wieder vorkommen.

Die Zahlstelle Kärnberg ist für eine Erhöhung der Beiträge auf 20 \mathcal{A} für männliche und 10 \mathcal{A} für weibliche Mitglieder nur dann zu haben, wenn die Nothwendigkeit derselben auf Grund der jetzigen Leistungen des Verbandes nachgewiesen wird, und wenn die Garantie gegeben ist, daß die Summe, welche durch erhöhte Beiträge erzielt wird, zur Unterstützung von Lohnkämpfen verwendet wird, und nicht vielleicht nach und nach die sogenannte Arbeitslosenunterstützung eingeführt wird, jenes Blendwerk, welches von einer Anzahl Gewerkschaften angewandt wird, um von den Mitgliedern höhere Beiträge zu erlangen. Wörtlich heißt es: Wir wollen unsere Organisation nicht zu einem Unterstützungsverein herabgedrückt sehen. Das Eine mögen die auswärtigen Kollegen beherzigen, daß wir in Kärnberg, wenn 20 \mathcal{A} Beitrag erhoben werden, dennoch 25 \mathcal{A} zu zahlen haben, weil wir den Beitrag für das Arbeitersekretariat noch aufzubringen haben, sowie denjenigen für die Agitationskommission.

Kollege Ludwig Hofrop in Düsseldorf macht den Vorschlag, den Beitrag nach dem verdienten Lohne zu erheben, und zwar an Orten, wo die Löhne bis zu M. 2,30 betragen, soll der Beitrag 15 \mathcal{A} , bis M. 3 20 \mathcal{A} , M. 3 und darüber 25 \mathcal{A} betragen.

Kollege Karl Elag in Ulm ist in Rücksicht auf die leichtere Gewinnung von Mitgliedern bei niedrigen Beiträgen gegen Erhöhung derselben.

Die Zahlstelle Hagen beschloß fast einstimmig die dauernde Erhöhung des Beitrages auf 20 \mathcal{A} . Folgende Resolution fand Annahme: „In Erwägung, daß die Einberufung eines Verbandstages zu viel Zeit und Geld in Anspruch nehmen würde, beschließt die heutige Holzarbeiterversammlung, den Hauptvorstand zu ersuchen, baldigh eine Urabstimmung herbeizuführen, um eventuell den Beitragssatz von 20 \mathcal{A} zum 1. Januar 1897 in Kraft treten zu lassen.“

Die Zahlstelle Heide beschloß, die Beiträge auf 20 \mathcal{A} pro Woche zu erhöhen.

Die Zahlstelle Aichersleben hat sich für eine Erhöhung der Beiträge auf 20 \mathcal{A} ausgesprochen.

Die Zahlstelle Starnberg beschloß einstimmig am 7. November, daß, wenn der Verband seinen Charakter als Kampforganisation beibehalten soll, es bei dem 15 \mathcal{A} - Beitrag nicht bleiben kann, indem dieser geringe Beitrag in keinem Verhältniß steht zu den Ansprüchen, welche an den Verband gemacht werden. Der Beitrag vom 1. Januar 1897 ab für männliche Mitglieder 20 \mathcal{A} , für weibliche 10 \mathcal{A} betragen soll. Die Prozente für die Solalkasse sind von 35 pSt. auf 25 pSt. herabzusetzen. Der Vorstand wird aufgefordert, über diesen schon von mehreren Zahlstellen angenommenen Antrag in Fälle eine Urabstimmung vorzunehmen.

Die Zahlstelle Oberursel ist gegen Erhöhung des Beitrages, will aber der Hauptkasse von den bisherigen 35 pSt. nur 15 pSt. bewilligen.

Die Zahlstelle Bayreuth beschloß mit 2/3 Stimmenmehrheit den bisherigen Beitrag von 15 \mathcal{A} beizubehalten, weil sie glaubt, die Indifferenten am Orte nicht heranziehen zu können.

Die Zahlstelle Billingen beschloß einstimmig, vom 1. Januar 20 \mathcal{A} pro Woche zu zahlen.

Die Zahlstelle Würzburg ist, weil es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht anders geht, einstimmig für eine Erhöhung der Beiträge auf 20 \mathcal{A} , desgleichen die Zahlstelle Rottbus.

Rundschau.

Auch ein Boykott. Der Berliner Tischlerinnungs-Obermeister Marschal erklärte in einer Innungssammlung am 14. Oktober, daß der Innungsausschuß beschloß habe, der „Volkzeitung“ wegen ihres gehässigen Verhaltens gegen den Handwerkerstand, den Arbeitsmarkt zu entziehen. Zum Glück gibt kein Aktionär oder sonstiger Theilhaber an der Krippe der „Volkzeitung“, der Beder heißt und zugleich Amtsrichter ist, sonst müßte dem Innungsausschuß der „grobe Unfug“ theuer zu stehen kommen.

Ueber die Mißstände im Submissionswesen äußert sich der Bericht der Handels- und Gewerbelammer der Stadt Berlin wie folgt: „Von sehr schlimmen Folgen für eine gesunde Entwicklung des Gewerbestandes ist das unbeschränkte Submissionswesen. Von Behörden und Korporationen werden hierbei Bedingungen ausgearbeitet, welchen ein solcher Geschäftsmann sich mit Recht nicht zu unterwerfen getraut. Hierzu kommt das System der Bedingungen an den Mindestfordernden, wodurch der Unternehmer gezwungen wird, den Handwerksnutzen durch schlechte Arbeit und Verwendung geringeren Materials einzubringen. Im Berichtsjahre sind bei Submissionen von Bauten Angebote bis zu 42 pSt. (herunter? D. H.) vorgekommen, so daß selbst die den Kostenschlag ausarbeitenden Techniker hierüber die Köpfe schüttelten, und trotz alledem wurde dem Wenigerfordernden der Zuschlag erteilt. Es wird damit eine förmliche Prämie darauf gelegt, die Arbeiten gerade noch so gut und so schlecht auszuführen, daß sie angenommen werden können, aber auch um kein Zota besser, und hierdurch bleibt die deutsche Arbeit „billig und schlecht“. Sehr zu wünschen wäre, wenn solch' hohe „Abgebote“ nicht berücksichtigt und solche schwindehaften und geschäftskundigen (soll wohl geschäftsunkundigen heißen. D. Red.) Akkordanten in Zukunft von Submissionen ausgeschlossen würden, zum Schutze einer gesunden und soliden Geschäftsbasis. Bei so hohen Abgeboten kann selbstverständlich die Absicht, nur gebiegene, gute Arbeit liefern zu wollen, garnicht vorhanden sein. Diese Geschäftsgebarung kann nicht scharf genug verurtheilt werden und ist eine unverantwortliche Herabminderung des Gewerbes. Mit Wiederführung beschränkter Submissionen würde das reelle Handwerk unterstützt, die schmutzige Konkurrenz beseitigt, und es könnte sich der leistungsfähige Geschäftsmann, der rechtlich befreit ist, nur gute Arbeit zu liefern, wieder an Submissionen betheiligen. — Ferner gehalten sich die Arbeitsverhältnisse für den Arbeitgeber fortgesetzt ungünstiger, ein Umstand, der ganz natürlich ist, da alle den Arbeitern gewährten Vergünstigungen ganz obertheilweise auf Kosten der Arbeitgeber berechnet werden. Die Arbeitgeber entbehren dahingegen in vieler Hinsicht des gesetzlichen Schutzes, sie werden zur Leistung aller möglichen Abgaben gezwungen, und es ist daher nicht zu verwundern, wenn der Mittelstand immer mehr und mehr verarmt.“

Welcher Art die Vergünstigungen für die Arbeiter sind, die ganz auf Kosten der Arbeitgeber berechnet werden, sagt der Bericht nicht, vielleicht meint der Berichterstatter aber die Zahlung eines Lohnes an die Arbeiter überhaupt, denn hinfemalen ja oft genug gesagt wird, die Arbeiter sollten zufrieden sein, daß sie überhaupt Arbeit haben, wenn sie nun gar noch Lohn für diese Arbeit bekommen, so ist das doch ganz sicher eine „Vergünstigung“, und diese Vergünstigung sollte man doch recht eigentlich zu Gunsten des Mittelstandes befestigen, damit er nicht verarme. Ganz natürlich, die Arbeiter sollten es sich zur Ehre anrechnen, für die Herren Arbeitgeber umsonst arbeiten zu dürfen, damit diese für noch niedrigere Sch undpreise Arbeiten übernehmen könnten!

Christliche „Jünglinge“ und Zusaffen der Arbeiterkolonien als Streikbrecher. Wie wir schon früher berichteten, sind von dem Hamburger „Christlichen Jünglingsverein“ eine Reihe Streikbrecher nach Lauterberg a. S. geschickt worden, zum Theil Kaufleute und sonstige Berufsangehörige; wie uns in Lauterberg berichtet wurde, auf Veranlassung des Herrn Fechter (in Firma Fechter & Kalkwasser) in Oberfeld bei Lauterberg. Herr Fechter wohnt in Hamburg. Durch die Bresse geht nun auch die Notiz, daß auch der Flensburger Jünglingsverein 11 Personen nach Lauterberg geschickt habe, damit sie den Ausständigen in den Rücken fallen. Das „Volk“, Organ der christlichen Jünglingsvereine, sucht nun, nachdem die Fabrikanten aus der Tasche geholt worden sind, den Herren „Jünglingen“ das Unkluge ihres Verhaltens klar zu machen und sagt:

„Eine Hülsstruppe des kriegsführenden Fabrikanten dürfen sie auf keinen Fall werden, am wenigsten in einem so handgreiflich ungerechten Kriege. Die Jünglingsvereinsverbände werden nach diesem Fall eine deutliche Stellungnahme nicht umgehen dürfen. Ihre streng religiöse, unpolitische Tendenz legt ihnen die Pflicht unbedingter Neutralität auf, wenn sie sich nicht um allen Kredit und Respekt bringen wollen.“

Das Letztere ist schon geschehen, man wird auch ferner die „christlichen“ Jünglinge seitens der organisirten Arbeiter nicht als Freunde zu betrachten haben.

Wir haben uns aber auch an Ort und Stelle, d. h. in Lauterberg selbst, überzeugt, daß auch aus der Hamburger Arbeiterkolonie Streikbrecher seitens der Fabrikanten eingekleidet waren. Einer dieser Klausreißer erklärte in unserer Gegenwart, daß er und noch mehrere seiner Genossen von der Kolonie hierher „geschickt“ seien; ob das auf Wahrheit beruht, können wir nicht feststellen, denn solchen Elementen kann man eben nicht Alles glauben, vielleicht giebt uns aber der Vorstand jener Kolonie Auskunft darüber. Wir sind berechtigt, solche zu verlangen, umiomehr als der Vorstand recht oft an die Alibihaftigkeit der Hamburger Bevölkerung appellirt, zu dem Zwecke, Mittel für den Unterhalt dieser Leute zu erlangen; jedenfalls hat ein großer Theil der Geber kein Interesse daran, einer Anstalt hülfreich zur Seite zu stehen, von der sie weiß, daß die aus diesen freiwilligen Mitteln Unterstüpften zu geeigneter Zeit benutzt werden, um Hunderten um ihr Koalitions-

recht kämpfenden Arbeitern als Streikbrecher in den Rücken zu fallen.

Wir denken, die Hamburgische Arbeiterkolonie sollte sich daran genügen lassen, recht vielen Arbeitern und Kleinmeistern, namentlich Derer in der Bärtenindustrie, durch ihre Konkurrenz das Leben sauer zu machen und nicht auch noch, um die In-

lassen vielleicht wegen ungenügender (?) Mittel los zu werden, ihnen die Arbeitnahme in Streikorten zu empfehlen.

Der Feind des Handwerks? Wie wir schon öfter zeigten, soll es nach Annahme der Künstler die Soziale Demokratie und — die Gewerbefreiheit sein. Es ist interessant, daß ein Kommerziantrath Sedlmayr in der Sitzung der Handels- und Gewerbekammer Oberbayerns darüber doch etwas anderer Meinung war und zwar bezogen sich seine Ausführungen auf die Einrangirung der Brauereien unter das Handwerk, seine Ausführungen, soweit sie sich vornehmlich auf die Arbeiter dieses Berufes beziehen, treffen aber auch recht sehr auf die anderer Berufe zu. Er sagte:

„Der Feind des Handwerks ist nicht die Gewerbefreiheit, sondern die Großindustrie, und wenn in irgend einem Handwerkszweige auch noch so tüchtige Leute herangebildet, so können diese doch durch einen Zweig der Großindustrie sozusagen wieder an die Luft gesetzt werden. Bezüglich der Brauereien ist es nicht notwendig, daß das Lehrlingswesen weiter ausgebildet wird, da durch die Maschinen Vieles weggefallen ist, was früher handwerksmäßig betrieben wurde. Es kommt hier weniger auf die Handfertigkeit, als darauf an, daß der Betrieb gut geleitet wird.“

Ein neuer Uderlaß steht dem deutschen Michel bevor. Zwanzig Direktoren der größten Zuckerraffinerien Deutschlands erlassen einen Aufruf zur Bildung eines Ringes zwecks Preisserhöhung des Zuckers im Inland. Kommt dieser Ring zu Stande, dann werden den deutschen Zuckerkonsumenten über 34 Millionen Mark direkt aus der Tasche gestohlen und die Ringfabrikanten machen um nichts und wieder nichts einen schönen Hebbach.

Die Zahl der „Glücklichen“, die auf Grund der Invaliditäts- und Altersversicherung Renten erhielten, beziffert sich seit Inkrafttreten des Gesetzes bis 31. September 1896 nach einer Zusammenstellung im Reichsversicherungsamt auf 494 701. Von diesen erhielten Invalidenrente 204 888, davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezug von Unfallrenten oder aus anderen Gründen in Wegfall gekommen 53 813, sodaß am 30. September 1896 laufend waren 151 075. Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 289 813, davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen in Wegfall gekommen 86 884, sodaß am 30. September 1896 laufend waren 202 929. Beitragsrückstellungen sind bis zum 30. September 1896 bewilligt: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 50 492, b) an die Hinterbliebenen von Versicherten 14 389. Zusammen 65 281.

Arbeiterversicherung in Finnland. Mit dem 1. Januar 1898 tritt in Finnland ein Gesetz, betreffend die Verantwortlichkeit des Arbeitgebers für Körperbeschädigungen der Arbeiter, in Kraft, welches unter dem 5. Dezember 1895 in der Gesellsammlungen des Großfürstenthums Finnland, Nr. 44 von 1895, und in der Uebersetzung von der Zeitschrift „Die Arbeiterversorgung“, Nr. 8 vom 11. März 1896, veröffentlicht worden ist. Nach diesem Gesetze sind die Arbeitgeber der Betriebe, welche im Gesetz aufgeführt sind, verpflichtet, dem durch einen Betriebsunfall verletzten und dadurch in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigten Arbeiter eine gewisse, von dem Grade der Erwerbsunfähigkeit abhängige, im Maximum 60 Pkt. des täglichen mittleren Arbeitsverdienstes und jedenfalls nicht mehr als M. 2,70 betragende Entschädigung durch Versicherung bei einer Unfall sicherzustellen; erfolgt durch den Betriebsunfall der Tod des Verletzten, so erhalten gegebenenfalls Witwe und Kinder bestimmte Entschädigungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In seiner Sitzung vom 4. November beschäftigte der Vorstand sich mit den von den Zahlstellen Fürth, Göttingen, Hemslingen, Wiesbrunn und Reitz schriftlich eingereichten Anträgen betreffs Vornahme einer Urabstimmung über die dauernde Erhöhung des Verbandsbeitrages. Nach eingehender Debatte wurden alle diese Anträge mit vier gegen drei Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, abgelehnt. Der Vorstand kann also auf Grund dieses Beschlusses vorerst eine neue Urabstimmung nicht veranlassen, was wir den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis bringen.

Stuttgart, 6. November 1896.

Der Vorstandsvorsitzende.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Baut-Wilhelmsbaben. „Arbeitszeit und Arbeitslohn“ lautete das Thema, worüber Kollege Klotz in einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am Mittwoch, den 28. Oktober, hier selbst sprach. Zu dieser Versammlung waren speziell alle im Bauwesen beschäftigten Arbeiter eingeladen und auch sehr zahlreich erschienen, stand doch im zweiten Punkt eine wichtige Frage zur Besprechung, nämlich: Können die im Bauwesen beschäftigten Arbeiter im nächsten Frühjahr eine Reduzirung der Arbeitszeit vornehmen? In seinem 1 1/2 stündigen interessanten Vortrag führte Kollege Klotz u. A. aus, daß die Arbeitszeit und Arbeitslohn heutzutage fast der Drehpunkt der Kämpfe der Arbeiter sei. Wenn man betrachte, wie die sogenannten oberen Zehntausend wohl hohe Ansprüche hätten, aber nicht arbeiten, während viele, viele Andere wohl arbeiten möchten, aber nichts finden könnten, müsse man wohl zu dem Urtheil kommen, daß die Arbeitsstellung eine zu ungleiche sei in unserem heutigen Gesellschaftskörper. Verwunderung brauche es deshalb nicht erregen, wenn die Gegensätze immer schroffer zum Ausdruck kämen. Redner führte dabei den Kouponabschneider an, der manchmal noch nicht seine Koupons selbst schneidet, ferner die Gehälter einer Anzahl Direktoren, die bis in Hunderttausende gingen, wohingegen sie doch nicht eine solche produktive Thätigkeit verrichten, die verdienen so belohnt zu werden. Daneben stellte er den Bergmann, sowie andere Arbeiterkategorien, die mit einem so niedrigem Lohn zu Hause geschickt würden, daß der Fasttag für sie nicht mehr ein Freudentag, sondern ein Tag der Sorge sein könne. Gar mancher alte Meister deutete seine Gesellen auf die gute alte Zeit hin, wo sie 12 bis 15 Stunden hätten arbeiten müssen, aber jetzt wird in 9 bis 10 Stunden noch mehr geschafft, natürlich nur auf Kosten der Arbeiter. Der technische Fortschritt unierer Zeit, jede neue erfindene Maschine werde vom Kulturmenschen mit Freuden und Bewunderung aufgenommen, dahingegen müsse sie der Arbeiter als seinen Feind betrachten, weil sie ihm das Leben nicht erleichtere, sondern erschwere. An der Hand statistischen Materials wies der Redner sodann noch darauf hin, wie die Sterblichkeit unter den Arbeitern eine viel größere sei, als unter den Reichem. Um nun alle diese unhaltbaren Zustände aus der Welt zu schaffen, sei nur notwendig, daß sich alle Arbeiter ihrer Organisation anschließen und die Ausrufe fallen lassen: „Es nützt nichts.“ Wie überhaupt mit Denjenigen scharf in's Gericht gegangen wurde, die da sagten: „Ich habe das Geld dazu nicht übrig“, oder „Meine Frau will es nicht leiden.“ Mit kräftigen Worten zur Organisation auffordernd, schloß Kollege Klotz seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Der zweite Punkt der Tagesordnung führte nach einer rege gepflogenen Debatte zu keinem Beschluß, nur wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die in Betracht kommenden Gewerkschaften je zwei Mann ernennen, welche diese Angelegenheit weiter verfolgen. Am nun zu zeigen, Kollegen, daß wir gewillt sind, unsere Lage zu verbessern, ist es zunächst unsere Pflicht, uns fest zusammenzuschließen, dann aber auch sorgen, daß unsere Organisation nicht ab-, sondern zunehme an Kämpfern und Kampfmitteln; gekämpft muß schon werden. „Ohne Kampf kein Sieg!“ sagte Kollege Klotz; wir sagen dem noch hinzu: „Aber ohne Mittel auch kein Sieg.“ Eure dritte Sorge möge darum sein, daß nicht die Quelle versiege, jeder weiß, woran wir sind. Also nochmals: Werde jeder so viel wie möglich für die Organisation, halte jeder den Fernstehenden die vom Referenten angeführten Worte Schiller's vor: „Immer strebe zum Ganzen, und lannst Du selbst ein Ganzes nicht werden, als dienendes Glied schließe dem Ganzen Dich an.“

Bremen. In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung trat Kollege Klotz den Ausführungen des Kollegen Hartmann in der „Holzarbeiter-Zeitung“ in einständigem Vortrag entgegen. Dem Redner gelang es, die Bremer Kollegen, die in der letzten Versammlung mit großer Majorität gegen die Erhöhung der Beiträge votirten, davon zu überzeugen, daß ihr Standpunkt ein verfehlter war. Ich fasse in Folgendem die Sache kurz zusammen: Hartmann und die seiner Meinung waren, sagten sich, der organisierte Arbeiter zahlt heute zur Führung des Klassenkampfes auf den verschiedenen Gebieten so und so viel, ein höherer Beitrag ist nicht zu erschwigen; die Kollegen laufen, wenn derselbe zur Annahme gelangt, davon; eine Agitation für den Verband ist dann unmöglich; es ist aber nothwendig, Masse von Kollegen im Verband zu haben, sie zum Klassenkampf auszubilden. Demgegenüber läßt sich der Sinn der Klotz'schen Argumentation dahin zusammenfassen: Ein Beitrag in jetziger Höhe genügt wohl annähernd den Ansprüchen während der lauen Geschäftslage der letzten 6—7 Jahre; er wurde unzulänglich bei dem ersten Versuch in diesem Jahre, die bessere Geschäftslage zur Besserung der Lebenslage der Kollegen auszunutzen — Hierbei ist auch an die Abwehrstreiks zu denken —, er kann nicht mehr genügen angesichts des voraussichtlich im nächsten Jahre elementar ausbrechenden Versuches der Kollegen im Hinblick auf die Hebung der allgemeinen Geschäftslage und der in diesem Jahre relativ günstig verlaufenen Bewegung. Diese mit aller Sicherheit zu erwartenden Kämpfe müssen sich sehr in die Länge ziehen und unheimliche Summen verschlingen, wenn das Unternehmertum allen Grund hat, angesichts unserer leeren Kasse und der vielen Ausstände ein Aushungern der Kollegen für leicht erreichbar zu halten. Die ewige Bettelei, zu der wir in letzter Zeit verdammt waren, hat es vor Allem verschuldet, daß manche Kämpfe (z. B. Lautenberg) so lange gedauert. Die Frage ist also nur: Wollen und können wir durch diese Organisation unsere Lage heben? Antwort: Ja. Gut, so haben wir das wie zu ventiliren. Wir haben das oben zusammenfassend gethan — in Bezug auf die Beitragsfrage. — Daraus ergibt sich die totale Hinsüßigkeit des Hartmann'schen Einwandes, daß wir höhere Beiträge nicht leisten können. Bei einigem Nachdenken wird man finden, daß, läßt man den H.'schen Einwand auch nur bedingt gelten, auf die obige Frage, die wir in Uebereinstimmung mit Hartmann mit entschiedenem Ja beantworten — ein ebenso entschieden Nein ertönt — nicht vom Kollegen H. und seinen Gefährten auf diesem Wege, aber von schlichter Frau Logik! Das ist das ad absurdum, bei dem wir mit den Gegnern der Beitragserhöhung angelangt sind; allerdings nur mit Hilfe des — Dentens. Ueber den Verlauf der Diskussion können wir

hinweggehen, ihr Inhalt deckt sich mit seinem Für und Wider mit demjenigen der Zeitungsdebatten.

J. A.: Joh. Wagner, Schriftführer.

Bremerhaven. In einer am 27. Oktober im „Colosseum“ hier selbst abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung, welche gut besucht war, referirte unser Verbandsvorsitzender Kollege Klotz aus Stuttgart über das Thema: „Die Lohnkämpfe der deutschen Holzarbeiter im Jahre 1896 und ihre Folgen.“ Redner führte aus: Wer in den letzten 5 Jahren die Geschäftsverhältnisse beobachtet hat, dem ist es klar, daß eine schwere Krise überhanden ist. Ueberall herrscht ein reger Geist, um eine Verbesserung unserer Lage herbeizuführen. Leider sind die Mahnrufe, sich während der schlechten Konjunktur zu schulen und vorzubereiten, häufig ungehört verhallt. Man sehe nur die große Masse der Inaktiven an, die uns bei Lohnbewegungen in den Rücken fällt. Wo aber Siege errungen sind, da hat es meistens ungeheure Opfer gekostet. Die Unternehmer sind sehr gut über unsere Klassenverhältnisse unterrichtet, sonst wäre so manche Kraftprobe unterblieben. Sehr viele Streiks wären günstiger verlaufen, wenn die Organisation mächtig war. Redner verbreitet sich dann über die Streiks dieses Jahres. Jedenfalls werden die Wogen der Lohnbewegung im nächsten Jahre noch höher schlagen. Darum ist es heiligste Pflicht jedes Kollegen, immer neue Kämpfe herbeizuführen. Das Kapital häuft sich immer mehr in einzelne Hände, die Massenarmuth wird immer gewaltiger. Redner schloß sodann an Statistiken die Lage der arbeitenden Klasse. Solche Zustände zeigen uns den Weg, den wir zu betreten haben. Es genügt nicht, alle Jahre am 1. Mai für die Mai-Resolution zu stimmen und wieder die Schlafmütze über die Ohren zu ziehen, sondern Tag für Tag zu agitiren und neue Kämpfe heranzuziehen. Nur dann haben wir auch Erfolge und große Siege und endlich die Umgestaltung der kapitalistischen in eine gesellschaftliche Produktion errungen. — Großer Beifall lohnte den Redner am Schluß seines Vortrages.

Dunkelsbühl. So erfreulich es war, wie in diesem Sommer die hiesige Zahlstelle gegründet wurde und za. 30 Kollegen dem Verbands beitraten, so bedauerlich ist jetzt die Interesslosigkeit, die die Kollegen zeigen. Bereits 20 Kollegen haben dem Verbands wieder den Rücken gekehrt und die Uebrigen finden es nicht der Mühe werth, die Versammlungen zu besuchen. Kollegen, wohin soll das führen? Sind die hiesigen Verhältnisse denn so schlimm, daß Ihr keine Organisation gebraucht, oder denkt Ihr, daß Euch im katholischen Gesellenverein oder im evangelischen Arbeiterverein zur Verbesserung Eurer Lage geholfen wird? Gebt Euch nur diesen Illusionen hin, so werdet Ihr schon sehen, wie weit Ihr kommt. Den Fabrikanten gefüllt dies natürlich besser, denn sie haben dadurch willfährige Arbeiter, denen sie Alles bieten können. Kollegen, es ist jetzt wirklich an der Zeit, daß Ihr an eure eigenen Interessen denkt und eure Lage zu verbessern sucht, dies ist aber nur möglich, wenn Ihr Mann für Mann dem Verbands beitrete und regelmäßig die Versammlungen besucht. Thue also jeder seine Pflicht und schreue die paar Groschen Beitrag nicht, Ihr zahlt sie in Eurem eigensten Interesse.

Düsseldorf. Die letzte Mitgliederversammlung unterzog die Art und Weise der Leitung des Streiks, die Unterstützungs-norm, die mangelhafte Kontrolle usw. in Lautenberg einer ausführlichen Kritik. Sie erwartete von den leitenden Personen des Vorstandes, daß sie für künftige solchem Unfug durch energisches Eingreifen begegnen. Die Vereinbarung mit den Fabrikanten rief allgemeine Entrüstung hervor. Das Verfahren (?) hätte man die ersten zwei Wochen schon haben können. (Daß dies nicht geschehen, liegt doch nicht an den drei Vertretern, oder glauben die Düsseldorf Kollegen, daß sie sich noch etwas Besseres hätte erzielen lassen? Nun, da trenn sie sich. Es sei denn, daß allseitig mehr Opferwilligkeit gezeigt worden wäre und der Streik noch nicht hätte beendet werden brauchen. Wir haben ja allen Respekt vor der Summe, welche die Düsseldorf Kollegen in den letzten 1 1/2 Jahren an die Streikkasse einsandten, aber sicher hätte diese Summe dann verdreifacht werden müssen. Zudem wäre aber eine Weiterführung des Streiks schon wegen der großen Zahl der Streikbrecher die größte Thorheit gewesen, und aus diesem Grunde allein seine Beendigung dringend nöthig, um wenigstens noch einige Hundert Ausständige unterzubringen. Weiter uns darüber zu äußern, halten wir gegenwärtig für überflüssig, was gesagt werden mußte, haben wir in Nummer 43 und 44 gesagt, und wer daraus nicht lernen und uns nicht verstehen will, dem können wir leider nicht helfen. Alb. Röste.)

Freising. Kollege Dorn aus Nürnberg referirte hier über „Zweck und Nutzen der Organisation“ in sehr zufriedenstellender Weise. Die Diskussion gestaltete sich recht interessant. Kollege Strz tabelte, daß die Kollegen immer noch gleichgültig abseits ständen und sagten, es nütze nichts, oder sie hätten die Mittel nicht, dem Verbands beizutreten; zur Theilnahme an Verhandlungsvereinen hätten sie aber Geld genug übrig. Bezüglich der Beiträge wurde erwähnt, daß es nothwendig sei, die Kasse zu stärken, wenn mit Erfolg Forderungen durchgesetzt werden sollten. Kollegen Freising's, die Ihr nicht dem Verbands angehört, tretet ein in unsere Reihen, fort mit dem so dummen Ausdruck: „Ja, wenn Alle dabei wären!“ Eben darum laßt Euch aufnehmen in unsern Verband, der schon gegen 40 000 Mitglieder zählt, helfe unsere Lage mit bessern, denn vereint sind wir eine Macht, einzeln der Willkür der Unternehmer preisgegeben, was vielleicht schon Mancher an sich selbst hat erfahren müssen. Besucht unsere Versammlungen, die alle 14 Tage im Gasthaus „Zum Jägerwirth“ stattfinden.

Seringswalde. Da wir uns seit längerer Zeit mit der Absicht trugen, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen, der Holzarbeiterverein am Orte aber nicht allein maßgebend sein konnte, fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Mosz Leipzig über Maximalarbeitszeit und Minimallohn referirte. Nach dem vorzüglichen Referat wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Arbeitgeber zu ersuchen, die Arbeitszeit folgendermaßen in allen Betrieben zu regeln: Die Arbeitszeit beginnt Morgens 7 Uhr und dauert bis Abends 7 Uhr, einschließlich 1/2 Stunde Frühstück, 1/2 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Vesperpause. Ueberstunden pro Stunde 10 Pf. Zuschlag. Die Fabrikräume 10 Minuten vor Beginn der Arbeit zu öffnen und 10 Minuten nach Beendigung der Arbeitszeit zu schließen.“ Die Unterhandlung mit den Arbeitgebern verließ zu unseren Gunsten. Unsere Beschlüsse wurden anerkannt, mit Ausnahme der Frühstück- und Vesperpausen, die auf 20 Minuten bemessen bleiben. Vom 1. November an ist die von uns geforderte und uns bewilligte Arbeitszeit denn auch überall eingeführt worden. Gleichzeitig sei aber auch den auswärtigen Kollegen noch mitgetheilt, daß sie nicht glauben dürfen, die Arbeitgeber seien

ger selbst Willens gewesen, die Arbeitszeit zu kürzen. Im Gegentheil, kraft unserer Organisation am hiesigen Orte waren wir es, die den Trumpf auspielen konnten, weil die ganze große Masse mit uns war, und darum rufen wir Euch unorganisierten und zugleich Euch organisierten Kollegen zu, agitiert und schafft Unterstützung in den dunklen Massen, damit sich immer mehr der Organisation anschließen und wir jederzeit gestärkt sind. Denn nur Einigkeit macht Kraft.

Hamburg. (Sektion der Korbmacher.) In der letzten Versammlung wurde bekannt, daß die Arbeiter bei Hellmann Holzschiffen für den Tarif anfertigen sollten. Sie haben Herrn H. vorher darauf aufmerksam gemacht, daß der Preis dem im Tarif vorgesehene nicht entspricht. Beschlossen wurde, daß die betreffenden Arbeiter auf keinen Fall unter dem Tarif arbeiten, viel lieber die Arbeit niederlegen sollen. Bekannt sei noch gegeben, daß der Kollege Kiese bei Hellmann auf Holzarbeit beschäftigt war und plötzlich entlassen wurde. H. machte vierzehntägige Kündigung geltend. Er bekam aber in diesen 14 Tagen Arbeit, die er noch nicht gemacht hatte; dies wollte R. nicht und klagte auf Lohnentschädigung für 14 Tage. Das Gewerbegericht erkannte die Berechtigung der Forderungen an. Beide Parteien einigten sich nach sechs Sitzungen.

Helde. Von den circa 40 hietorts arbeitenden Holzarbeitern sind 20 organisiert. Die Indifferenten halten es nicht für notwendig, sich unserer Organisation anzuschließen, trotzdem nicht die richtigen Zustände hier herrschen. Von den Verbandskollegen haben es die meisten doch schon so weit gebracht, daß sie auf eigene Kost und Logis sind, während vor wenigen Jahren noch fast alle beim Meister logierten. Der Lohn schwankt zwischen 4-9 mit Logis beim Meister, dagegen außer Kost und Logie 15-20. In der vorletzten Versammlung, welche ausnahmsweise kurz besucht war, wurde von mehreren Kollegen auf die Fiskalerklärung von J. R. Dirks aufmerksam gemacht. Die Reden dort a b s o l u t e i n g a r n i c h t s z u w ü n s c h e n s w ü r d i g. Der letzte Brot gibt es immer und Fleisch übermäßig genug, denn hintermalen sette Dachsen in der Marsch ja genug auf der Weide gehen. Wespel und Frühstückspause währt bis zu 10 Minuten; eigentlich ein wenig kurz, denn man hat keine Lust, das reichlich belegte Brot in der Zeit hinunterzuwürgen. Ueber Luftmangel im Schlafzimmer, das für zwei Mann bestimmt ist und circa fünf Quadratmeter Flächenraum zählt, kann man sich auch nicht beklagen; dennoch soll es aber geschwiegen sein, vielleicht waren aber derzeit die Fenster Scheiben allzu dicht, was heute, nachdem der Herbstwind, dieser Unhold, am Ruder ist, nicht der Fall ist. Wie gesagt, man kann absolut nicht klagen und wer es dennoch thut, nun, der ist eben verwöhnt und versteht einfach nichts davon. Wer es nicht glauben will, der kann ruhig bei Meister Dirks einmal arbeiten, er wird sicher bestätigen, daß im Vorstehenden die reine volle Wahrheit gesagt worden ist. Die hiesigen Kollegen fordern wir auf, immer recht zahlreich die Versammlungen zu besuchen, denn nur, wenn wir einig sind, kommen wir zum Ziel.

Wilm a. Rh. Die „Erhöhung der Beiträge“ beschäftigte auch uns in der letzten Mitgliederversammlung. Allgemein war man hier der Ansicht, daß eine Erhöhung der Beiträge nicht angebracht wäre. Jetzt ist es schon schwer, Mitglieder zu werben, und das soll doch unsere erste Aufgabe sein, denn wenn es uns nicht gelingt, allmählich die der Organisation Fernstehenden, die Indifferenten, die z. B. in Banteberg jetzt so zahlreich vertreten waren und den Sieg verhinderten, zu gewinnen und zu bilden, dann werden noch größere Summen, als die jetzt durch die höheren Beiträge beschafft werden sollen, nicht ausreichen. Zudem ist noch in Betracht zu ziehen, daß es den Kollegen, die noch Mitglieder anderer Vereine sind, immer schwerer wird, ihren Verpflichtungen nachzukommen und dann das Eine oder Andere lassen werden. Eine Resolution, „daß die Erhöhung der Beiträge im Interesse des Verbandes nicht rathsam ist“, wurde gegen 5 Stimmen angenommen.

Langensl. Unsere am 2. November stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich u. A. auch mit der Erhöhung der Beiträge. (Das Referat ist an anderer Stelle bekannt gegeben. D. R.) Bemerkenswert ist, daß der frühere Beschluß, pro Monat 10 M für den Streikfonds zu zahlen, damit hinsichtlich wurde, und die eigentliche Erhöhung für die hiesigen Mitglieder im Jahre nur 1.40 beträgt. Ueber Artikel VII der Gewerbeordnung referierte Kollege Lindner in 1/4 Ründigen Worten. Er führte an, daß es für jeden Arbeiter notwendig wäre, sich mit dem sozialpolitischen Gesetze vertraut zu machen, damit er gegebenen Falls sich vor Nachtheil und Schaden bewahren könne. Eine längere Debatte entspann sich über die Arbeitsverhältnisse am Orte. Einzelne Unternehmer vernichten Abzüge an mehreren Arbeiter von 10-20 pZt zu machen. Dies Ansehen hätten sich die Kollegen zum großen Theil selbst zu verdienen; denn als sich hier im vorigen Jahre eine flotte Werkslosigkeitsbewegung bemerkbar machte und es an Arbeitskräften mangelte, bemühten wir in diesem Frühjahr auf schlecht bezahlte Artikel einen Lohnaufschlag von zehn Prozent zu erlangen. Vergeblich wurde uns ohne Arbeitsniederlegung „angeprochen“. Aber wären die Kollegen sich alle einig gewesen und hätten sich nicht beschiedene Brieflich an's Komptoir gewandt mit der Bitte, sie möchten doch gerichtet werden von der Hine; dann wäre es uns auch jetzt ein Leichtes, das „Angeprochen“ sicher zu behaupten. Da nun die Unternehmer unsere Gleichgültigkeit merken und an Arbeitskräften kein Mangel vorhanden ist, so drängen sie jede Steigerung, an uns mit einer Lohnreduzierung beantwortet. Nun, Kollegen, liegt es an Euch; sollen die hiesigen Verhältnisse sich nicht schlechter gestalten, dann müssen wir unsere Augen offen halten. Laßt Eure Interessenlosigkeit fallen und erachtet es als letzter höchsten Mitgliederversammlung, die am Sonntag, den 16. November, Abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei stattfindet, wo wir eventuell Sitzung zu dieser Frage nehmen werden. Den Indifferenten rufen wir zu: Treut ein in den Holzarbeiterverband, der im Grunde ist, Eure Rechte zu wahren.

Reerane. Nachdem die hiesige Bahnhofsstelle schon seit längerer Zeit nicht von sich hören ließ, hatten wir es für geboten, die Sparten unserer Organe in Anspruch zu nehmen. In unserer letzten Mitgliederversammlung beschäftigten wir uns hauptsächlich mit der jetzt so viel besprochenen Angelegenheit der „Erhöhung der Beiträge“. Troßdem in den letzten Nummern der „Holzarb.-Ztg.“ viele Kollegen für Erhöhung der Beiträge und gegen Kollegen Parteisans sich wendeten, waren doch schließlich keine Anträge mit besserer Aussicht einverstanden. Nach dem obigengeleiteten Diskurs erklärten viele Kollegen, im Falle einer Erhöhung austritten zu werden; was doch auch ein großer

Theil der Mitglieder anderer Bahnhofsstellen thun würde.) Nachdem wir diese Gründe reiflich erwogen, stehen wir auf dem Standpunkt, es bei dem alten Beitrag zu belassen und erst Massen zu organisieren, denn nur hierin sieht die Bahnhofsstelle Meerane das Wohl des Verbandes. Ein dahin gehender Antrag fand gegen eine Stimme Annahme.

Münden i. S. In letzter Mitgliederversammlung beschäftigte sich die Bahnhofsstelle Münden mit den verschiedenen Forderungen und Gegenanträgen betr. Erhöhung der Beiträge. Die Nothwendigkeit, für den Verband mehr Geld zu beschaffen, wird wohl jeder Kollege einsehen; dies sieht auch die hiesige Bahnhofsstelle ein. Es muß ja von jedem denkenden Kollegen anerkannt werden, daß es nicht so weitergehen kann, wenn der Verband sich nicht genöthigt sieht, die Mitglieder aufzufordern, für die Streikkasse mehr Geld zu beschaffen; also etwas muß getan werden. Ueber den 25 M Beitrag für dieses Quartal trösten sich die Mitglieder wohl hinweg, da es ja nur vorübergehend sein soll. Etwas Anderes ist es aber mit dem Antrag Koste. Wir haben die Ansicht, daß bei einem ständigen Beitrag von 25 M wir unbedingt Mitglieder verlieren würden, gleichfalls würde es kaum möglich sein, viel neue Mitglieder für den Verband zu werben, wenigstens in kleineren Bahnhofsstellen nicht, wie z. B. die unsere mit 25 Mitgliedern. Daß es aber notwendig ist, immer mehr Kämpfer in unsere Reihen einzuführen, wird wohl Jeder einsehen. Was nützt es, wenn bei einem eventuellen Streik nur wenig organisiert sind und die Anderen eben mittelstehen, weil sie unterstützt werden, im anderen Falle die Unternehmer sich eher auf eine gütliche Verhandlung einlassen, wenn dieselben sehen, daß der größte Theil der Arbeiter dem Verbands angehört; aber mit hohen Beiträgen können wir unter den jetzigen Verhältnissen keine großen Hoffnungen machen. Indifferenten heranzuziehen. Solidarnüt ist freilich ein schönes Wort, welches aber leider wenig beherzigt wird. Mit der Interesslosigkeit und dem Egoismus, welcher noch zu sehr unter den Arbeitern herrscht, ist aber auch zu rechnen. Wir glauben, daß es möglich ist, die 35 pZt. zur Lokalkasse auf 15 pZt. herabzusetzen. Die Bahnhofsstellen können dann, wenn die 15 pZt. nicht genügen würden, einen kleinen Extrabeitrag zur Lokalkasse zahlen. Dem Verband würde aber hierdurch eine gute Einnahme mehr zustehen. Im anderen Falle würden wir für höchstens einen Wochenbeitrag von 20 M kommen. Gegen die Einberufung eines Verbandstages sind wir entschieden, das Geld hierfür kann besser verwendet werden. Es würde sich diese Angelegenheit auch mit einer Urabstimmung regeln lassen.

Schwiebus. Unsere letzte Mitgliederversammlung erklärte sich gegen eine Erhöhung der Beiträge. Wer da weiß, wie schwer es ist, an einem kleinen Orte organisiert zu sein, der wird uns recht geben. Wer in der Bewegung steht, der muß doch auch einem politischen Verein angehören, dann liegt er kein Parteiblatt, schließlich kümmert er sich um Krankenkasse, Gewerbegericht usw., und überdies, wo er hinget, kostet es Geld, und das Alles bei einem geringen Verdienst von 10-12. Unsere Bahnhofsstelle besteht auch zur Hälfte aus Zimmerern, die erst seit kurzem organisiert sind, die verdienen doch im Winter garnichts und dann noch wöchentlich 25 M zahlen? da werden sie uns bald wieder den Rücken kehren. Wir sind vielmehr der Meinung: Thue jeder Verbandskollege seine Pflicht, um die Indifferenten heranzuziehen, und wir werden besser fahren, als mit der Erhöhung der Beiträge. Da sich bis jetzt fast ausschließlich nur größere Bahnhofsstellen zum Wort gemeldet haben, so geben wir hiermit den kleineren Bahnhofsstellen einen Rippenstoß, damit sie sich auch so schnell wie möglich äußern möchten. Im Uebrigen sind wir mit den Ausführungen des Kollegen Julius Langer in Düsseldorf im Großen und Ganzen einverstanden.

*) Natürlich, immer nur den süßen, verlockenden Tönen des Bremer Kollegen gefolgt, und es wird sich bald zeigen, daß es mit der Organisation anstatt vorwärts rückwärts geht. Wir haben schon in dem Artikel der heutigen Nummer gesagt, daß, wenn die Kollegen immer und ewig im Schmollwäuel sitzen bleiben und nie an die Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage denken wollen, eine Erhöhung des Beitrages und eine erhöhte freiwillige Opferwilligkeit nicht möglich ist. Man braucht sich im anderen Falle aber auch nicht zu wundern, wenn der Verwalter der leeren Streikkasse erklärt: „Ihr habt's nicht gewollt, nun helft Euch selber, ich kann Euch nicht helfen!“ Und was wird dann geschehen? D. Red.)

Eingekandt.

Wir erlauben uns, den Kollegen Einiges über die Arbeitsverhältnisse in der Wärsenfabrik „Untersium“ in Zlich a. Rhein mitzutheilen. Seit kurzer Zeit arbeiten wir hier mit circa 8 Kollegen, welche auch dem Verbands angehören und es durchgeht, daß der Verdienst auf 30 M pro Stunde gebracht ist. Jetzt kommt nun der Fabrikant her und zahlt wieder 25 M die Stunde; doch hiermit nicht genug, zahlt er anstatt für 5 1/2 Stunden Arbeit nur für 4 1/2 Stunden. Daß durch diese Manipulationen an jedem Lohnzuge Differenzen zwischen dem Fabrikanten und den Arbeitern vorkommen und Letztere möglichst bald die Arbeit aufgeben, ist wohl leicht erklärlich. Die Preise, welche gezahlt werden, sind keineswegs als auskömmliche zu bezeichnen. Es giebt für Beden M 1.40, ohne Auspusen und Beschneiden, wobei zu beachten ist, daß nur Zwölz verarbeitet wird, mithin ein Arbeiter fast arbeiten muß, wenn er M 2.50 pro Tag verdienen will. Für Einzelnen giebt's 80 M und dabei müssen 2 Mann an einer Bankheere arbeiten, wodurch wieder viel Zeit verdirbt wird. Der sogenannte Werkführer oder Meister versteht es, den Arbeitern zu schmeicheln, aber dabei das volle Interesse des Fabrikanten wahrzunehmen, nämlich die Preise auf das niedrigste Maß herunter zu drücken. Wenn ein Arbeiter 14 Tage gearbeitet, so hat er M 25 bis 26 verdient. Hiervon muß er für Kost und Logis für dieselbe Zeit M 20 bezahlen, so daß ihm für die sonntäglichen Liebkunden und gestrigen Bedürfnisse wesentlich nur M 2.50-3 übrig bleiben. Da der Fabrikant ein Jude ist, so müssen die Arbeiter auch noch zu alledem, bei wöchentlichen Feiertagen, jeden Freitag Mittag mit ihrem Material die Fabrik verlassen und in einem angewiesenen, den Raumverhältnissen nicht entsprechenden Zimmer, oder in ihrem Schlafraum weiterarbeiten, wenn sie nicht feiern wollen.

aus P a s s e l.

Zur Vorlage zur Generalversammlung der Central-Kranken- und Streikkasse der Tischler u. a. gewerbl. Arbeiter stellt der Vorstand zu § 13 des Antrag: „Denjenigen Mitgliedern obiger

Kasse, welche noch anderweit gegen Krankheit versichert sind, ist vom 1. Januar 1898 ab ein um ein Viertel des ortsüblichen Tagelohnes erhöhtes Krankengeld zu gewähren.“ Da nun der ortsübliche Tagelohn in den kleineren Bahnhofsstellen bedeutend niedriger liegt als in den größeren Städten, so würde hierdurch zum Nachtheil der doppelt Versicherten kleinerer Bahnhofsstellen eine Ungleichheit in den Leistungen seitens der Kasse entstehen, welche sich mit dem Grundiaz: Gleiches Nichten, gleiche Rechte, nicht deckt. Es würde jedenfalls dem Rechtlichkeitsgefühl besser entsprechen, wenn für alle doppelt Versicherten in allen Klassen ein gleichmäßiger Satz festgesetzt wird.

Zweck dieser Reilen soll sein, die Aufmerksamkeit der kleineren Bahnhofsstellen auf diesen Punkt zu lenken und dieselben zu veranlassen, bei der Beratung der eingegangenen Anträge bestimmte Stellung hierzu zu nehmen. J. A.: A. Oaser.

Abrechnung

der Agitationkommission für beide Mecklenburg.

Einnahme: Kassenbestand vom vorigen Jahr M 45,91; Beiträge: aus Lübz M 1,80, aus Güstrow 10,70, aus Schwerin 24,70, aus Teterow 4,70, aus Wismar 10, aus Rostock 36. Summa M 133,81.

Ausgabe: Reise des Vorstehenden zur Konferenz in Güstrow M 4,50, für zwei Reisen nach Doberan 9,50, für eine Reise nach Schwaan 2, Porto 2,55, für die Berichterstattung des Kollegen Mölle vom Gewerkschaftskongress 29,30. Summa M 47,85.

Bilan: Einnahme M 133,81, Ausgabe M 47,85, Bestand M 85,96.

Keine Beiträge eingekandt haben: Hagenow, Parchim, Doberan und Neuhof.

Wie die Kollegen aus vorstehender Abrechnung ersehen, waren wir nicht in der Lage, eine irgendwie nennenswerthe Agitation entfalten zu können, trotzdem wir versucht haben, an Orten, wo wir einzelne Mitglieder hatten, eine Versammlung abzuhalten, aber wir bekamen auf unsere Zuschriften gar keine Antwort. In Schwaan war zu der bestimmten Zeit sogar kein Kollege zu finden, so daß wir unverrichteter Sache wieder abziehen mußten.

Nach Befehl der letzten Konferenz sollte der Delegirte zum Gewerkschaftskongress, Kollege Mölle, Bericht erstatten; diesem ist er insofern nachgekommen, als in Schwerin, Rostock und Güstrow Versammlungen stattfanden. Zu weiteren Versammlungen fand dem Kollegen Mölle keine Zeit zur Verfügung, und mußte deshalb davon Abstand genommen werden.

Eine in Wismar anberaumte öffentliche Versammlung wurde polizeilich verboten.

Die Agitationkommission ersucht nun die Kollegen, in den einzelnen Orten Versammlungen anzuberaumen, zu welchen die Referenten unentgeltlich gestellt werden.

Die Agitationkommission für beide Mecklenburg. J. A.: E. J a m m a n n, Fischerbrück 12.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Zuzug von Bootsbauern, Schiffszimmerern und Tischlern nach der Lüch'schen Bootswerft in Lumund bei Begeleit ist strenge fernzuhalten.

In dem Mühlenbauergerichte des Herrn Gg. R. Oberle, Müller und Mühlenbauer in Seilauß bei Nischaffenburg, in Nr. 44 der „Holzarb.-Ztg.“ wird uns von dort berichtet, daß ein Kollege bei D. circa 15 Wochen gearbeitet, aber den versprochenen Lohn von M 5 pro Woche nicht erhalten habe, sondern ganz bedeutend weniger. Als er kündigte und nach 14 Tagen habe abreisen wollen, sei ihm nur noch ein ganz geringer Betrag gezahlt worden. Worin liegt die Ursache der Verzögerung?

Zum Hensburger Werftarbeiterstreik wird uns nachträglich noch mitgeteilt, daß an demselben 45 Tischler betheiligt waren, von denen 9 zu Streikbrechern wurden; außerdem kamen noch 13 von außerhalb, so daß der Kampf dadurch erschwert wurde. Die Hensburger Kollegen sprechen Allen, die sie so kräftig unterstützt haben, besten Dank aus und versprechen, in den ihren Mitstreibern bevorstehenden Kämpfen „ihren Mann zu stellen.“

Der Streik der Tischler in Wismar dauert noch fort. Einige Meister haben die Forderungen bewilligt (Kost und Logis außer dem Hause des Meisters). „Leider“, heißt es in dem uns vorliegenden Bericht, „kummern sich die verheirateten Kollegen, die doch fast einzig den Vorthell von unserer Bewegung haben, indem sie bei Meistern arbeiten, die die Forderung bewilligten, nicht mehr um die Organisation; sie zahlen zwar noch ihre Beiträge, aber sonst lassen sie sich nicht sehen. Die Folge dieser Interesslosigkeit zeigen sich schon jetzt, denn Verheiratete werden entlassen und Ledige werden eingestell, natürlich Kost und Logis beim Meister.“

Wenn die Kollegen Wismars zum Frühjahr wirklich in eine Bewegung für kürzere Arbeitszeit eintreten wollen, dann muß aber mehr an den Ausbau ihrer Organisation gedacht und derselben mehr Interesse entgegengebracht werden, sonst lassen wir's halt nach.

Der Tischlerstreik in Brüssel ist leider zu Ungunsten der Kollegen beendet. Geringe Unterstützung, großer Zuzug von Streikbrechern und die nun einmal unvermeidliche liebevolle Theilnahme der Polizei für die Unternehmer waren es, welche die Arbeiter zur Kapitulation zwangen. Jetzt kommen die Nachspiele in Gestalt von Prozeßen. Sieben streikende Bauarbeiter, welche Arbeitskollegen von der Arbeit abzuhalten versuchten und sie sogar bedroht haben sollen, standen vor Gericht. Fünf von den Angeklagten wurden zu je 1 Monat Arrest verurtheilt, einer zu 1 Monat und 10 Tage und der siebente zu 6 Monaten Gefängniß. Dieser Letztere soll einen Streikbrecher thätlich bedroht haben. Die Richter von Kapitals Gnaden waren bestrebt, die Streikbrecher zu schüßen und ihre Angreifer exemplarisch zu strafen. Denn die Streikbrecher sind für die Ausbeuter ein unentbehrlicher Hebel zur Aufrechterhaltung der heutigen Hauschinderwirtschaft der Kapitalisten. Darum mußten die Arbeiter, die es wagten, die Streikbrecher zu „bedrohen“, hart gestraft werden, damit die Schufte nicht zu fürchten brauchen, Schufte zu sein.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Wieder ein Angriff auf das Koalitionsrecht und zwar in Begleit bei Bremen. Wie uns berichtet wird, haben sich die sämtlichen Arbeiter der Lühr'schen Bootswerft dem Werftarbeiter-Verband angeschlossen. Dies war dem Besitzer der Werft aber durchaus nicht recht und er erklärte dem ältesten Arbeiter, welcher bereits 17 Jahre bei ihm thätig ist, daß er aus dem Verbands auszutreten habe, widrigenfalls er ihn künden werde; Leute, die im Verbands sind, beschäftigte er nicht, übrigens verlangte er von ihm, als dem ältesten Arbeiter, daß er ihm über Alles, was in der Werft passiere, berichte. Annähernd 17 Jahre sei er bei ihm beschäftigt und habe doch schon manche tausend Mark an Arbeitslohn erhalten. Der Arbeiter habe darauf erwidert: „Es ist freilich wahr, daß ich innerhalb der langen Jahre einige tausend Mark verdient habe, doch habe ich auch manchen Schweißtropfen verlieren müssen, und haben Sie zum Mindesten das Doppelte an mir verdient. Einem derartigen unbilligen Verlangen, mich Ihnen nach Willkür zu überliefern, kann ich nicht Folge leisten.“ Natürlich erfolgte daraufhin die Kündigung. Weiter legte der Arbeitgeber sämtlichen Arbeitern ein Schriftstück zur Unterschrift vor, laut welchem sie erklären sollten, aus dem Verbands auszutreten und sich nie einer anderen Arbeiterorganisation anzuschließen. Die Arbeiter weigerten sich sämtlich, bis auf zwei, welche von vornherein nicht als sicher galten, zu unterschreiben, worauf dann die Kündigung erfolgte. Die Arbeiter glauben, den Schlag gegen ihre junge Organisation abzuwehren zu können und erjuchen daher dringend, den Bezug fernzuhalten.

Am Streik der Lithographen und Steinbrucker in Berlin sind 3000 Personen beteiligt. Die Buchdrucker haben den Streikenden M. 15000 zur Verfügung gestellt.

Fortdauer der Streiks: Bei Thiel & Söhne in Habelschwerde, der Schuhmacher in Wien, der Glasarbeiter in Maftricht. In Braquegnies (Belgien) streiken 1000 Bergarbeiter um 10 p. Ct. Lohnerhöhung.

Lohnreduktion bei 29 Prozent Dividende! Auf den Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg Wien, die dieses Jahr im Stande waren, ihren Aktionären 29 Prozent Dividende auszuzahlen, ist schon wieder eine Lohnkürzung eingeführt worden. Laut Anschlag wurde folgendes bekannt gemacht:

„Von Montag, den 19. Oktober d. J. an, tritt nachfolgender Abkord in Kraft: Für Luftschläuche à Stück 7 A, Montiren (oder Ventill anmachen) 5 A. Harburg, 15. Oktober 1896.“

Vor zwei Jahren gab es noch 20 A pro Stück; seitdem sind ja die Dividenden glücklicherweise gestiegen, Alles ist also in schönster „Ordnung“. Oder nicht?

Der Vorstand des Verbandes der Hafenarbeiter macht folgendes bekannt: Es gelangen demnach seitens des Hafenarbeiter-Verbands Deutschlands Broschüren an die Hafenarbeiter zur Ausgabe; der Vorstand erjucht die Gewerkschaftsleiter resp. die Kommissionen derselben, dem Unterzeichneten mitzutheilen, ob sie gewillt sind, den Vertrieb der Broschüren zu übernehmen und wie viele Exemplare eventuell gebraucht werden.

Der Vorstand
des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands.
G. Kellermann, Hamburg, Schaarhor 7.

Betreffend den von dem Drechsler Poludnik nach Darmen einberufenen Gewerkschaftskongress, beschloß am 30. Oktober, wie wir dem „Bauhaunder“ entnehmen, eine gut besuchte Versammlung von Vertrauensmännern der Lokalorganisationen und durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften Berlin, diesen Kongress von Berlin aus nicht zu beschiden, da der Einberufer keine Bürgschaft biete, daß dieser Kongress so gut vorbereitet werde, wie es zu einem gedeihlichen Abschluß erforderlich ist; auch sei die Zeit bis Weihnachten viel zu kurz, um die notwendigen Vorbereitungen noch zu treffen. Die nähere Vereinigung der vorgenannten Organisationen werde aber für so wichtig und notwendig anerkannt, daß eine Kommission von fünf Personen eingesetzt wurde, um eine fernere Vertrauensmännerversammlung vorzubereiten und zu berufen, nachdem die einzelnen in Frage kommenden Gewerkschaften zu der Sache Stellung genommen haben werden. Dem Einberufer, Genossen Poludnik in Darmen, soll die Kommission von diesem Beschluß Kenntnis geben und ihn erjuchen, die Einberufung vorläufig zurückzuziehen. Man ging von folgenden Erwägungen aus:

Unter gegebenen Umständen würde die Einberufung eines solchen Kongresses der von den Gewerkschaftskongressen der Verbände ausgeschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen zweckmäßig und nützlich sein, doch können die Vertrauensmänner der betreffenden Gewerkschaften in Berlin und Umgegend die Beschickung dieses vom Drechsler Poludnik einberufenen Kongresses nicht empfehlen.

Einerseits stehen Bedenken entgegen, die sich aus dem preussischen Vereinsgesetz ergeben; dann sind die auf die Tagesordnung gestellten Gegenstände zu nichtigend und steht andererseits nicht zu erwarten, daß der Einberufer des Kongresses in der Lage ist, für die einzelnen Fragen, die in Betracht kommen, Vorlagen zu machen und gut vorbereitete Referenten zu stellen. Ohne solche Vorarbeiten ist aber auf ein praktisches Ergebnis des Kongresses nicht zu hoffen. Da außerdem eine Aenderung des Vereinsgesetzes in nächster Zeit wahrscheinlich ist, hielt die versammelten Vertrauensmänner es für notwendig, daß man das Ergebnis dieser Abänderung abwartet, bevor in Beziehung auf Organisation ein Beschluß gefaßt werden kann. Es wurde daher zum Verfolgen die Kongressfrage für die von den bisherigen Gewerkschaftskongressen ausgeschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen sozialdemokratisch wirtschaftlicher Tendenz eine Kommission von fünf Personen ernannt, die beauftragt ist, zur rechten Zeit die erforderlichen Schritte zu ergreifen. Diese Kommission wird, wenn es ihr angezeigt erscheint, die Vertrauensmänner der Berliner Gewerkschaften abermals berufen, um sich weitere Instruktionen erteilen zu lassen, beziehungsweise einen solchen Kongress zu berufen.

Konferenz der Gewerbegerichtsbekämpfer. Die Arbeiterbekämpfer am Lübecker Gewerbegericht haben nunmehr die Konferenz der Gewerbegerichtsbekämpfer der deutschen Arbeiterschaft für den 15. und 16. November d. J. nach Halle a. S.,

Händel's Restaurant, Nikolaitrasse, einberufen. Städte, die noch keine Stellung genommen haben, werden ersucht, dieses baldigst zu thun und Mandatsformulare von Gustav Kähler, Lübeck, Böttcherstraße 18, zu beziehen. Den bereits angezeichneten Delegierten wird dieser Tage das Mandat zugehen.

Bei der Berggewerbegerichtswahl hat in der Hochburg des christlichen Gewerkschafts in Altstein der alte Bergarbeiterverband einen glänzenden Sieg errungen.

Der belgische Bergarbeiterkongress, der in La Louvière tagte, war von 91 Genossen besucht. Er beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Grubeninspektoren; in Bezug auf diese liegen zwei Gesetzesentwürfe vor, einer von der Regierung ausgearbeitet, der andere von der sozialistischen Partei. Der Kongress sprach sich energisch gegen das Regierungsprojekt aus und ging dann zur Diskussion der Gewerkschaftsfrage über. Zahlreiche Redner sprachen sich für die Notwendigkeit aus, den Gewerkschaften eine Grundlage der Gegenseitigkeit zu geben. Nach Erledigung dieses Punktes beschäftigte sich der Kongress mit den Maßregeln, die nötig sind, um eine Erhöhung der Löhne zu erlangen, da der Stand der Geschäfte, der sich erheblich gebessert hat, zu einer solchen Forderung berechtigt. Es wurde beschlossen, demnachst einen neuen Kongress einzuberufen, der die Agitation zu Gunsten einer allgemeinen Lohnerhöhung zu organisieren hat. Endlich beschloß man noch, eine große Kundgebung in Brüssel zu veranstalten, um die Aufmerksamkeit der Regierung und der öffentlichen Meinung auf die Notwendigkeit der Altersversicherung der Bergarbeiter zu lenken.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ueber das Recht zum Streik hat das Berliner Gewerbegericht eine prinzipiell wichtige Entscheidung gefällt. Mehrere Firmen hatten 92 Lithographen und Steinbrucker, die ohne Kündigung die Arbeit eingestellt haben, verklagt. Die Klage stützte sich auf die Nichtinhaltung der Arbeitsordnung, der zufolge im Fall der rechtswidrigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses seitens des Arbeiters dieser den Betrag seines Durchschnittslohnes pro Woche als Schadenersatz zu zahlen hat, ohne daß es des Nachweises eines Schadens bedarf. Der Vertreter der Beklagten berief sich auf den § 152 der Gewerbeordnung, wodurch Verbote und Strafbestimmungen gegen Arbeitnehmer wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, aufgehoben werden. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten zur Zahlung des Wochenlohnes von M. 16,20 an die Arbeitgeber. Die beantragte Widerklage wegen zurückbehaltene Lohnes wurde abgewiesen. Die Beklagten tragen die Kosten des Verfahrens. Das Urtheil ist für vorläufig vollstreckbar erklärt. Die Berufung auf den § 152 der Gewerbeordnung sei hinfällig; es sei verfehlt, zu glauben, das Recht sich zu vereinigen, schliesse auch besondere Rechte der Vereinigungen selbst in sich.

Wegen Berufsverklärung hatten die Töpfergesellen in Görlitz gegen die Innung Anzeige erstattet, weil diese Innung öffentlich durch eine Zeitung ihre Berufscollegen aufgefordert hatte, die Görlitzer freitenden Töpfergesellen nicht in Arbeit zu nehmen. Nunmehr hat die Görlitzer Staatsanwaltschaft die Verfolgung der Innungsmeißer abgelehnt, weil, wie es in dem Bescheide heißt, „es doch nirgends erkennbar ist, daß durch jene öffentliche Aufforderung eine Berufsverklärung durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen oder Ehrverletzungen erfolgt ist“.

Der Staatsanwalt hat eine sehr eigenartige Auffassung vom § 153 der Gewerbeordnung. Denn dieser Paragraph sagt nicht, daß eine Berufsverklärung durch Anwendung körperlichen Zwanges etc. erfolgen müße (das wäre ja auch geradezu sinnlos), sondern er spricht von Anwendung körperlichen Zwanges oder Berufsverklärung etc. Eine solche war aber durch jene öffentliche Aufforderung, die Gesellen nicht in Arbeit zu nehmen, ganz unzweifelhaft gegeben. Wie kam der Görlitzer Staatsanwalt nur zu einer solchen Auffassung jenes Paragraphen der Gewerbeordnung?

Arbeit annehmen muß der auf Entschädigung wegen kündigungsfreier Entlassung klagende Arbeiter, wenn ihm vor Ablauf der Zeit, für die er Entschädigung beansprucht, solche vom beklagten Arbeitgeber angeboten wird. Lehnt er die Annahme der Arbeit ab, so verzichtet er, vom Tage der Ablehnung an, auch auf die Entschädigung für die Zeit bis Ablauf der freitenden Frist. Diese Belehrung erhielt vor dem Gewerbegericht ein Schneider, der auf Zahlung von M. 40 wegen kündigungsfreier Entlassung klagte, aber 4 Tage nach der Entlassung die angebotene Arbeit ausshlug. Da überhaupt freitig war, ob eine Kündigungsfreistellung bestand oder nicht, so begnügte sich der Kläger mit den ihm vergleichsweise gebotenen M. 5. (Entscheidung des Gewerbegerichts Leipzig am 6. November.)

In München wurde ein gewerblicher Arbeiter wegen Blaumontagmachens zu M. 3 Geldstrafe verurteilt. Der Arbeiter stellte sich auf den Standpunkt, daß wohl Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter, nicht aber gewerbliche oder industrielle Gehilfen wegen Blaumontagmachens zwangsweise zur Arbeit geführt oder gestraft werden könnten. Durch den § 124 b der Gewerbeordnung sei dies ausgeschlossen. Er wurde trotzdem verurteilt.

Technisches.

Der Hauptgewinn der Berliner Ausstellungs-Lotterie war bekanntlich eine Wohnungseinrichtung im Werte von M. 25000, die der glückliche Gewinner froh war, für M. 5000 an den Mann zu bringen. Interessant ist, daß dieser Hauptgewinn gar nicht von Ausstellern, sondern von ganz anderer Seite angekauft wurde. Wie man in einer Berliner Berichterstattung sagte, soll das Robillar schon in den 70er Jahren angefertigt sein, und wie man spöttisch meinte, viele schon der Wurm darin. Deshalb der Arbeitsausschuß die Verkäufer nicht berücksichtigte, ist nicht nur befremdlich, sondern auch ein Räthsel. Ganz sicher wären doch gerne einige Tischlermeister bereit gewesen — falls der Ausschuss kein zweckentsprechendes Robillar unter den ausgestellten Möbeln hätte finden können — ein

solches anzufertigen. Der Ausschuss hätte die Verpflichtung gehabt, ohne Weiteres die Aussteller zu berücksichtigen, da diese ohnehin recht schlecht bei dem ganzen Ausstellungsrummel gefahren sind und nicht nur keinen Vortheil, sondern recht großen Nachtheil gehabt haben, abgesehen von Einzelnen, die es verstanden, Klämme zu machen und auch die Mittel dazu hatten. Ob man will oder nicht, über die Art des Gewinns auf und den Verkauf desselben muß man unwillkürlich den Kopf schütteln.

Die Herstellung von Wagenrädern ohne Anwendung besonderer Verbindungsteile, als Schrauben, Nägel, Bänder und dergleichen, gestattet ein neues Verfahren, welches sich die Firma A. Vuttmar & Co. in Währ.-Ofirau hat schützen lassen. Die neuen Räder besitzen U-förmige Reifen, in welche die den Nabenzug bildenden Felgenstücke eingelegt werden. Zwischen diese werden dann Speichen, welche an beiden Enden tonisch zugespitzt sind, eingefügt und das Ganze mit Hilfe einer Presse fest zusammengefügt. Hierbei bilden die tonischen Enden der Speichen gleichzeitig die Nabendöffnung, in welche die Nabe alsdann eingepreßt wird. Zweckmäßig wird hierbei der Reifen vorher angewärmt, und wird durch dessen nachträglichen Erkalten ein weiteres Zusammenfügen und festes Versprengen der einzelnen Theile erzielt. Bekanntlich sind es gerade die Verbindungsteile, welche die Dauerhaftigkeit und Festigkeit eines Rades sehr beeinträchtigen, indem dieselben durch die zahlreichen Stöße gelockert werden und zu fortwährenden Reparaturen Veranlassung geben. Bei der neuen Erfindung sind jedoch diese Uebelstände vermieden, indem keine besonderen Verbindungsmittel in Anwendung gebracht, sondern die einzelnen Theile in zweckmäßiger Weise und unter starkem Druck zusammengefügt sind. Da auch die Herstellung der neuen Räder, wie das Patent- und technische Bureau von Richard Lüders in Görlitz hinzufügt, schnell und leicht erfolgen kann, so steht zu erwarten, daß dieselben bald allgemein angewendet und beliebt werden.

Literarisches.

Stammbaum des modernen Sozialismus. Blattgröße 54 x 74 cm. Das Bild ist in Farben gedruckt und ihm ein 20 Seiten starkes Heftchen „Erläuterungen“ beigegeben. Preis 50 A, fertig montirt zum Aufhängen an die Wand (oben und unten Metallleisten) 75 A, ausschließlich Porto. Verlag von J. S. W. Diez in Stuttgart.

Briefkasten.

Eimshorn, R. W. In dem Eingeladten ist nichts Anderes gesagt, als bereits in voriger Nummer unter Eimshorn bekannt gegeben wurde. Wozu also dasselbe zweimal sagen. Wir müssen mit dem Blas sparsam umgehen.

Aischaffenburg, C. Zimmermann. Es genügt wohl, wenn wir aus Ihrem langen, alle 4 Seiten beschreibenden Aufsatz bekannt geben, daß Sie für Erhöhung des Beitrages auf 20 A sind, ferner wünschen, daß kein Verbandstag stattfindet, sondern eine Urabstimmung per Stimzettel vorgenommen werde. Alles Uebrige, das Sie schreiben, paßt durchaus nicht in den Rahmen eines Aufsatzes über die eventuelle Erhöhung des Beitrages. Der Bericht über die Gründung einer Zahlstelle der Tapezierer-Krankenkasse hat für uns keine Interesse.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. S. in Hamburg.)

Invalidenfonds.

Für den Invalidenfonds gingen seit der letzten Quittung in Nr. 12 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 22. März, 1896 folgende Gelder ein: Berlin H M. 83,50, Berlin G 95, Berlin F 81,60, Berlin C 62,74, Hamburg I und III 60,60, Hamburg IV 35, Berlin B 19,65, Berlin E 17, Ebstau 35, Lindenau und Plagwitz 30,20, Potsdam 23,50, Stralben 30,70, Chemnitz 26,84, Elberfeld 25, Weissenfer 15,68, Reinickendorf 22,65, Mühlburg i. Sab. 20, Vahr 4,10, Magdeburg 11 80, Pöhl 15, Nixdorf 15, Kalk 13,38, Köln-Mergler (Bezirksversammlung) 4,38, Deuß 1,50, Köln I 12,22, Köln-Brumwick (Bezirksversammlung) 2, Köln II 49, Barmen 10, Fürth 10, Regensburg 10, Striegau 8,45, Erlangen 6,50, Breg 5,20, Lorch 5,04, Rohrad 5, Kiesa 5,25, Neustadt a. S. 4, Rippe 4, Fibersgehofen 4,03, Worms 3,35, Pausendorf 3, Wiehl 2, Heidingsfeld 2, Wangen bei Cannst. 2, Erfurt 1,50, Canstatt 1,40, Wack in Finkenwärder — 30, Vorweg in Troitzler — 30, Summa M. 908,46. Hierzu der in voriger Quittung veröffentlichte Kassenbestand von M. 1476,24, macht M. 2384,70. Unterstutzung erhielten: 6 invalide Mitglieder je M. 25, 27 Mitglieder je M. 20, 3 Mitglieder je M. 15, 1 Mitglied M. 7,15. An Porto für Geldsendungen und Korrespondenz wurden M. 6,20 verausgabt, macht Gesamtausgabe M. 748,35. Es bleibt demnach ein Kassenbestand von M. 1636,35. Allen Gubern im Namen der Unterstügten besten Dank.

Wie aus dieser Quittung zu ersehen, ist der Bestand des Invalidenfonds soweit gesunken, daß wir die zur bevorstehenden Weihnacht zu erwartenden Besuche und Unterstutzung nicht in der bisherigen Höhe gewähren können. Wir richten deshalb die dringende Bitte an alle Ortsverwaltungen und Mitglieder, wenn möglich, in nächster Zeit nach besten Kräften zur Stärkung des Fonds, sei es durch freiwillige Gaben oder Ueberlässe von Bergnügungen etc., beitragen zu wollen. Jeder möge bedenken, daß der Invalidenfonds einen humanen Zweck verfolgt, nämlich: die Nothlage der nicht mehr unterstügungsberechtigten aber noch kranken Mitglieder wenigstens etwas zu lindern.

L. Jacobs, Hauptkassirer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufscollegen.

(E. S. 86, Hamburg.)

Im Oktober sandten Ueberlässe ein: Hannover M. 100, Ebbel 140, Linden 100, Barmen 50, Hamburg I 125, Leipzig 70, Kaiserlautern 60, Stettin 100, Celle 100, Harburg 100, Berlin A 200, Berlin B 160, Berlin C 300 Aufschuß haben erhalten: Köln M. 80, Offenbach 100, Hannover 100.

Zul. Maschmann, Osterstraße 94 g. I.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Seite 10 S.)

Braunschweig, Sonnabend, 21. Novbr., Abends 8 1/2 Uhr, im „Rheinischen Hof“, Wendenstraße 45.

Eilenburg, Sonnabend, 21. November: Öffentliche Versammlung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Apenrade, Bevollm. Ed. Wulff, Bollesgasse 425. Kassierer M. Cordes, Sünderstr. 66, 1 Treppe. Dasselbst wird die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Aufforderung.

Der Tischler Conrad Rührberger aus Lauf bei Nürnberg wird hiermit aufgefordert, seinen Pflichten der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber binnen 14 Tage nachzukommen, widrigenfalls wir andere Massregeln ergreifen.

Richard Werner, Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle G e r a.

Der Tischler Adolf Häffner, geb. den 18. Oktober 1877 zu Fürstentwaid, eingetretten den 1. Juli 1895 zu Dresden, wird hiermit aufgefordert, seine Adresse an den Unterzeichneten einzufenden, um sein Mitgliedsbuch in Empfang zu nehmen.

Die Ortsverwaltung Apenrade, Ed. Wulff, Bollesgasse 425.

Kollege Alfred Weissbrod, Schreiner, wo steht Du? Bitte theil e mir Deine Adresse mit. Bruno Grenlich, Schreiner.

per Adr.: Herrn Dittmer, Schreinermeister, [50] Konstantz, Konradstrasse 14.

Tischler Wilhelm Keitz, wo steht Du? Sieh Nachricht [40] Deinen betürmerten Eltern.

Wo befindet sich der Bürstenmacher Johann Rau? geb. zu Nürnberg. Derselbe soll zuletzt in Lübeck gewesen oder noch sein. Rau ist Mitglied des Verbandes. Um dessen Adresse bittet dringend

Joh. Rödel, Erlangen, Gartenstraße 10, 2. St.

Lüchtige Tischler, die auf bessere Möbel nach Zeichnung selbstständig arbeiten können, werden sofort eingestellt. Erste Erfurter Möbelfabrik mit Dampftrieb.

A. Ziegenhorn.

1-2 Tischlergejellen auf weiße Möbel, gute Arbeiter, sucht sofort Hugo Vogel, Möbelfabrik, Wisodrusf.

Tischler auf furnierte Kastenmöbel werden bei gutem Lohn von den Mitgliedern der Junung für dauernd gesucht. Sajjan i. Pomm. Die Tischler-Junung. J. A.: Aug. Lange.

Holzarbeiter, die an Bandsäge und Fräsmaschine geübt sind, erhalten lohnende Stellung. Borks & Co., Bürstenfabrik, Sachenburg (Westerwald).

Lüchtige Möbeltischler finden dauernde Beschäftigung. H. Kampmeier, Esage (Sippe).

6-8 Möbeltischler finden sofort dauernde Beschäftigung in der Möbelfabrik mit Dampftrieb von Wernicke & Rohde, Barth (Pommern).

Lüchtiger Fraiser für eine Drehröhre zum sofortigen Eintritt gesucht. Chr. Wiederhoefer Söhne, Hofmühlfabrik in Edersteden (Hannoversch).

Lüchtige Stuhlbauer finden bei Gebr. Müller, Witten i. E.

3-4 tüchtige Drechsler jede per sofort. Dauernde Beschäftigung wird zugesichert. Bertram Müller, Drechslermacher, Jersicha, Hardstr. 27.

Lüchtige Holzdrechsler haben dauernde Beschäftigung in der Mech. Filzwaarenfabrik, Einga (Sachsen).

Erfahrener Holzdrechsler gegen hohen Lohn und dauernde Stellung sofort gesucht. Ew. Hagenkötter, Holzwaarenfabrik, Warmen.

Zwei erfahrene Bürstenmacher finden sofort dauernde Stellung. Heinr. Knieriem, Wermelskirchen b. Elberfeld.

Zwei zuverlässige Korbmachergehülfen, einen auf H. Geschlagen und einen auf Gestellarbeit, sucht sofort bei dauernder Beschäftigung und hohem Lohn G. Loof, Korbmacher, Schlauchstr. b. Halberstadt.

Geucht ein tüchtiger Korbmacher auf gemattete Fischkörbe. Dauernde Beschäftigung. H. Förster, Cuxhaven.

10 geübte Korbmacher auf Ballonkörbe. Lohn 27 S. sucht E. Paul, Altdamm bei Stettin.

Becher & Zurrichter finden lohnende Arbeit. Rocks & Co., Sachenburg (Westerwald).

An die Stellmachergejellen Deutschlands. Ich wünsche in den Besitz aller größeren Wagenbauwerk, hauptsächlich Stellmacher- und Schmiederei-Adressen zu gelangen; aus jeder Stadt und jedem Ort die leistungsfähigsten Firmen bitte mir zu nennen, und vergüte ich diese Gefälligkeit gerne. Gg. Meitinger in München, Verlag des „Chaifen- und Wagenbauer“.

Zu verkaufen. Eine seit circa 20 Jahren bestehende Drechslererei mit 2 HP Motor, fünf Drehbänken, Hobelbank, Bandsäge und sonstigem Zubehör, Vorräthe usw., soll Umstände halber für M. 2000 verkauft werden, unter günstigen Bedingungen. Das Geschäft ist in vollem Betriebe und beschäftigt 3-4 Gehülfen. Näheres durch Kellner & Ohrmann, Bremen.

Zeichen-Bureau! vor 9 Jahren spez. für d. Gebiet der Tischlerei gegründet, liefert Bleistift-Entwürfe im Maßstab 1:10 nach Angabe, sowie auch naturgroße Werkstatt-Zeichnungen.

Neues Vorlagenwerk für d. Bantischlerei, 30 Tafeln, nur praktische Skizzen, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 13 in Farbendruck.

Neues Vorlagenwerk f. d. Möbeltischlerei, 30 Tafeln, einfach ausführbare Entwürfe, Maßstab 1:10, mit Kalkulation für Zeit und Material, M. 12 in Farbendruck. Belehrung über korrekt zu machende Kosten-Voranlagen wird jedem Werke gratis beigelegt.

Ernst Rettelbusch, früher Tischler, Zeichner und Werkführer, jetzt technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Burgschmiedstraße 19.

Trockenanlagen, sowohl für Bau- als Nutzholzer, Zündholzer, Parquet etc. liefert vorzüglich die Spezialfabrik E. Sturm, Ingenieur, Würzburg.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kantschnkstampel, sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth Konrad Müller, Schöneberg-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis!

Stomke's Städtebuch für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Reisekarte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Leinen gebunden Preis M. 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie durch die Expedition d. Blattes oder gegen Einsendung von M. 1,80 (auch in Briefmarken) von G. Stomke's Verlag, Bielefeld.

10 Jahre Garantie leiste ich für das Brechen oder Erlahmen der Tastfedern meiner Konzert-Zug-Harmonika „Westfalia“!

Eine solche Harmonika, 2chörig, 10 Tasten, 2 Register, 2 Doppelbässe, 20 Doppelstimmen, 2 Zuhalter, offene, mit Nickelstab umlegte Klaviatur, 2 Doppelbälge mit stählernen Eckenschonern, 36 Centimeter gross, stark gebaut und leicht spielend, kostet bei mir nur Mk. 5! mit Glockenspiel Mk. 5.50, 3chörig mit 8 echten Regist. nur Mk. 7.50, 4chörig mit 4 echten Regist., Grösse 38 cm, nur Mk. 9, mit 2 Reihen (19 Tasten), 4 Bässen, 4chör Orgelmus., Grösse 38 cm, nur Mk. 12. Versand gegen Nachn. Selbsterlernschule u. Kiste umsonst. Porto 80 S. Man bestelle b. grossen Exporthause v. Robert Husberg, Neuenrade (Westf.) Durch die Expedition dieser Zeitung sind zu beziehen:

Entwürfe einfacher Bimmereinrichtungen. Serie I, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Grösze 72:100. Preis M. 3,30.

Entwürfe modern. Bimmereinrichtungen, Serie II, enth. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Grösze 72:100. Preis M. 3,30.

Da Nachnahme zu theuer ist, empfiehlt es sich, den Betrag M. 3,30 bei der Bestellung mit einzufenden. (Auch in Briefmarken.)

Für Hausfrauen! Annahme alter Wollschafen aller Art gegen Lieferung von Kleider-, Unterrod- u. Mantelstoffen, Damentuchen, Budflins, Strickwolle, Portiäden, Schlaf- und Teppichdecken in den neuesten Mustern zu billigen Preisen durch R. Eichmann, Ballenstedt a. S. Leistungsfähigste Firma. Muster umgehend frei.

Feinste Konzert-Ziehharmonika „Miranda“ mit 2 chör. hartem Orgelton 35 cm groß, 10 Tasten, 2 Register, 2 Bässe, 20 Doppelstimmen, Zuhalter, 2 Doppelbälge mit Stahlstücken. Feinste prima Tafelfedern, für welche 10 Jahre Garantie leiste. Offene Viadellklaviatur, reicher Mittelbeslag. Preis nur M. 5,-, mit Glode M. 5,50, ein 3-chör. Prachtinstrument kostet nur M. 7,-, mit Glode M. 7,50. Selbsterlernschule, Packliste, Preisliste umsonst. Porto 80 S. Zurücknahme, wenn Harmonika nicht gefällt. Zu beziehen bei Friedrich Schmerbeck in Neuenrade i. Westf. Viele Zeugnisse! Zum Beispiel schreibt Herr F. Pnaad in Lübeck: Erhaltene Harmonika für M. 5 muß ich sehr loben und ist zu meiner Zufriedenheit, hier kann man eine solche nicht unter M. 12 kaufen usw. Genossen! Kauft nur den Bleistift „Solidarität“ von Jean Bloss, Stein bei Nürnberg.

Dresden. Dienstag, den 17. November, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Trianon“: Große öffentliche Versammlung der Holzarbeiter.

Tagesordnung: 1. Bericht der statistischen Kommission über die Erhebungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bau-, Möbel- und Parkettmacher, Stuhlbauer usw. 2. Wahl einer Lohnkommission. 3. Bericht der Agitationskommission und der Vertrauensleute. Neuwahl derselben. 4. Vortrag des Kassensberichts vom 3. Quartal des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 5. Die Reorganisation der Dresdener Zentralkommission, betr. Erhöhung der Beiträge und Befolgung des Vorsitzenden. 6. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, sieht dem Erscheinen aller Kollegen entgegen Der Vertrauensmann: H. Köpfe.

Paul Horn, Hamburg Fabrik chemischer Produkte. Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23. Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39. Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert um Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität. Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck. Verlag: H. Köpfe. — Druck: Hamb. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.